

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Preis 20 Pfennige, 1/2
und durch Postbestellung zu beziehen.
Preis vierteljährlich 50 Pf.,
halbjährlich 1.00 Pf.,
jährlich 2.00 Pf.
Durch die Post bezogen 2.50 Pf.,
frei ins Haus 3.00 Pf.,
wo keine Post am Ort, 3.50 Pf.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Informationen
über die Einzahlung
des Beitrags oder den
Preis der Zeitung,
für die Redaktion, Berlin, und
Bestellungen, 15 Pfennige,
Kassiererei, 25 Pfennige.
Interesse für die nächste Nummer
müssen bis zum 1. Oktober in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Expedition 1204

Nr. 244.

Breslau, Dienstag, den 18. Oktober 1910.

21. Jahrgang.

Ein Jahr Schnapsboykott!

Das ziffermäßige Ergebnis des ersten Steuer- und Boykottjahres im Spiritusgewerbe liegt nunmehr vor. Nach der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Produktionsstatistik ist der Trinkkonsum von Branntwein in dieser Campagne von **2.602.121 Hektoliter** auf den Betrag von **1.800.422 Hektoliter**

zurückgegangen. Ein überaus erfreuliches Ergebnis, das bei Manneszucht in der Arbeiterklasse ein großartiges Zeugnis ausstellt und auch unsere eigenen Interessen einfließen muß. Gesundheit wurde dadurch bewahrt, wieviel Glück blieb ungestört, wieviel Unfälle und Schäden ließen sich vermeiden, wie sehr verreckt hat sich der steuerfreudige Schnapsblock!

Indem wir uns vorbehalten, das glänzende Ergebnis eingehender zu beleuchten, erheben wir heute nur eine Frage: Verehrter Leser! Gehörst du zu den Männern, die im Jahre 1910 die 800.000 Hektoliter Branntwein nicht mehr getrunken haben?

Oder gehörst du zu den Schwächlingen, die mit den verblödeten Ziegeln in Dölsbier und halbalkoholisierten Einwanderern aus Galizien den Junkern noch 1/4 Millionen Liter Schnaps abgekauft und vertrunken haben?

Wenn das letztere zutrifft, wie denkst du über deine Gesundheit, deine Solidarität, deinen Trost im Jahre 1910/11?

Bedenke: 80 Millionen Liter wurden weniger getrunken. Willst du bei denen bleiben, die sich nie aufraffen?

Der Krieg der Eminenzen.

Was da in den letzten Monaten zwischen den beiden Kardinalen Kopp und Fischer vor sich ging, ist eine Teilerscheinung des Kampfes, der von Rom aus wider den Modernismus geführt wird, des Kampfes, der sich dreht um die Frage, ob die Kirche in der sich vollziehenden Umwälzung auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem und geistlichem Gebiete, wie dereinst im Mittelalter, ein entscheidendes, oder wenigstens ein mitentscheidendes Wort zu reden hat. Die Kirche sieht, wie die neuzeitliche Entwicklung auf all diesen Gebieten ihre Herrschaft beeinträchtigt, und ihre Ansprüche, ihre Mahnungen und Verwünschungen gehen darauf aus, zu retten, was noch zu retten ist. Dabei erwacht ihr nun im Lager der eigenen Anhänger mancher Widerstand insofern, als ein Teil der Klerikalen mit Zugehörigkeiten an den Geist der neuen Zeit der gemeinsamen Sache mehr zu dienen glaubt, als durch die Befolgung der von Rom gegebenen Anweisung, omnia iustaurare in Christo, alles in Christo, das heißt, nach den Wünschen und Interessen der Kirche zu gestalten. So haben wir im klerikalen Lager einen wirtschaftlichen, einen gesellschaftlichen, einen literarischen Modernismus, Erscheinungen, die sich erklären aus dem Bestreben fortgeschrittener Kreise, Anschluß an die neuzeitliche Entwicklung zu gewinnen. Und wir haben auch einen sozialpolitischen Modernismus, wie er in Deutschland durch die Münchener-Clabacher Einrichtungen und Bestrebungen verkörpert ist, wo man erkannt hat, daß gegenüber der drängenden Wucht der Sozialdemokratie die katholischen Arbeiter nicht wehrlos gelassen werden dürfen, daß sie — natürlich unter klerikaler Leitung und im klerikalen Sinne — geschult und organisiert werden müssen. Dieser sozialpolitische Modernismus ist es, der die beiden Eminenzen aneinandergebracht hat.

Die Auseinandersetzungen über diese Frage datieren in Deutschland seit dem Auftreten der christlichen Gewerkschaften, die, wie man weiß, ihr Entstehen der Furcht vor der Sozialdemokratie verdanken. Zuerst gedachte man die Organisationen, in denen man die katholischen Arbeiter vor der Berührung mit ihren sozialistischen Klassengenossen behüten wollte, auf konfessionelle, rein katholische Grundlage zu stellen, bis die Münchener-Clabacher, die Väter des ganzen Unternehmens, die Interkonfessionalität durchsetzten, die dann auch auf dem ersten Kongress der christlichen Gewerkschaften (Mainz 1899) programmatisch festgelegt wurde. Damit war aber, zumal noch dazu auf dem zweiten christlichen Gewerkschaftskongress (Frankfurt 1900) wenigstens im Grundsatze, die allgemeine, alle Arbeiter umfassende Organisation als erstrebenswertes Ziel hingestellt wurde, auch der Widerspruch der kirchlichen Autorität gegeben, die nicht dulden will, daß katholische Arbeiter dem Verkehr und dem Einfluß andersgläubiger Klassengenossen und damit der Gefahr ausgesetzt werden, am Glauben Schaden zu leiden. So kam das Fuldaer Pastorale (1900), worin die Bischöfe die christlichen Gewerkschaften verurteilten, und die katholischen Arbeiter hinwies auf ihre konfessionellen Arbeitervereine, in

deren Rahmen sie sich auch beruflich organisieren könnten. Es kam die Spaltung der katholischen Arbeiterbewegung in die Berliner und die Münchener-Clabacher Richtung, wovon die erstere die Fachabteilung, die letztere die christlichen Gewerkschaften propagiert. Und es kam der Krieg zwischen beiden Richtungen, der das Zentrum, den Episkopat und die katholischen Arbeiter sozialpolitisch in zwei Lager schied und der namentlich von den beiderseitigen Arbeiterorganisationen mit allen Mitteln der Gehässigkeit und Gewalttätigkeit geführt wurde.

Im Episkopat sind es besonders der Bischof Korum von Trier und der Fürstbischof Kopp von Breslau, die mit vollem Eifer für die konfessionelle Reinhaltung der katholischen Arbeiterbewegung und ihre Unterordnung unter die kirchliche Autorität eintreten. In ihren Gebieten in die sozialdemokratische Gefahr (wie in dem Trierer Lande) noch nicht so groß, aber es stellen sich (wie im Reich Kopp) starke klerikalpolitische Interessen der Gründung christlicher Gewerkschaften in den Bez. Erz. Bischof Fischer in Köln gehörte anfangs ebenfalls zu den Gegnern interkonfessioneller Organisationen, aber er hat sich durch die Kölner und die Münchener-Clabacher Zentrumsherrn überzeugen lassen, daß im Westen, wo der Großkapitalismus auch der politische Gegner und die Sozialdemokratie in immer stärkerem Vordringen begriffen ist, man den katholischen Arbeitern schon etwas anderes bieten muß, als katholische Fachabteilungen, die halb Erbauungs- und halb Streikbrechervereine sind. So ist Kardinal Fischer, dieser beschränkte mittelalterliche Geist, zum „Modernisten“ geworden, da er eingesehen hat, daß ohne Münchener-Clabacher, ohne dessen Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften es im Westen außerhalb der rein ländlichen Bezirke kein Zentrum mehr geben würde. Und so ist die Feindschaft der beiden Eminenzen, so der Brief aus dem Osten über die „Verfälschung des Westens“ entstanden, worin Kardinal Kopp verkündet, daß er den „häretischen Fanatismus bezüglich der sozialen Frage“ mit allen Mitteln vom Osten fernhalten werde. — Die Einzelheiten dieser Auseinandersetzung sind den Lesern bekannt; wir begnügen uns, an den Fall einige Betrachtungen allgemeiner Art zu knüpfen. Im klerikalen Lager sind die christlichen Gewerkschaften, das Hauptwerk der Münchener-Clabacher, als ein notwendiges, als das kleinere Übel angesehen worden, durch das man ein größeres, den schnellen und allgemeinen Uebergang der katholischen Arbeiter zur Sozialdemokratie verhüten wollte. Aber je mehr Eifer man auf die Pflanzung dieses kleineren Übels verwendete, desto mehr kam es der Wirkung des größeren gleich. Groß sind die Kreise im klerikalen Lager, die heute schon die Münchener-Clabacher Bestrebungen als gleichbedeutend mit der Erziehung zur Sozialdemokratie halten; im Organ der Berliner Richtung kann man in dieser Beziehung allmählich erbauliche Dinge lesen. Es ist gewiß nicht so schlimm, wie diese Schwarzseher es malen. Aber ist das Unheil auch nicht so nahe, so ist es doch da. Ohne Zweifel arbeiten die Münchener-Clabacher, die gegen die Sozialdemokratie zu arbeiten vermeinen, letzten Endes für die Sozialdemokratie. Sie wecken die trägen Arbeiter aus ihrer Ruhe heraus und führen sie langsam, aber sicher auf den Weg und dem Ziele zu, die der stärkere Teil der Konkurrenz, die Sozialdemokratie, bestimmt. Und es kann uns nur willkommen sein, wenn sie dabei in Widerspruch mit den eigenen Parteien- und Glaubensgenossen geraten und so die Interessen- und Meinungsverschiedenheiten im klerikalen Lager zur Erscheinung gebracht werden.

Nun wäre es verfehlt, aus den erwähnten Vorgängen voreilige Schlüsse auf den baldigen Zerfall des Zentrums zu ziehen. München-Clabacher wird noch lange nicht danken — trotz Kopp und Korum, und die christlichen Gewerkschaften werden nicht von heute auf morgen auseinandergehen und ihre Mitglieder in die sozialistischen Organisationen entsenden. Nein, es gibt auch nach Winthorst noch geschickte Leute im Zentrum, die Gegenläufe, wenn auch nicht ganz, so doch zum Teil auszugleichen und der veränderten Lage gemäß auch neue Mittel und Wege zu finden wissen. Ohne unsere Agitation, ohne unsere unausgesetzte Arbeit, an den durch ihre Klassenlage zu uns gehörenden Anhängern des Zentrums wird der Partei des Volksverrats und des Volksbetrugs kein Schaden zugefügt. Wozu werden wir das Zentrum nicht, wie man den Gegner durch einen tödlichen Stieb zu Fall bringt; wir werden es aber an seinem empfindlichsten Teile, an seinen städtischen Mandaten, wo die zehnmal verratene Arbeiterchaft den Ausschlag gibt, treffen können, wenn wir hier in der Agitation bis zur nächsten Reichstagswahl unsere Schuldigkeit tun. Und solche Schlüsse werden sich wiederholen und es wird sich zeigen, daß weder die Taktik einer Eminenz im Osten, noch die Taktik einer Eminenz im Westen das Zentrum zu retten vermag.

Von anderer Seite wird uns zu diesem Kapitel noch geschrieben:

Die Furcht vor den Methoden Roms treibt die drohenden Münchener-Clabacher sogar dazu, zur gegnerischen Presse ihre Zuflucht zu nehmen. Die kulturkämpferische „Köln. Zeitung“ und das ebenso geistige „Berl. Tagebl.“ waren schon wiederholt in der Lage, wichtige Mitteilungen aus dem Zentrumslager zu veröffentlichen, die nur von beilegender Seite kommen konnten. Und jetzt bedrückt in

bayerischen Parteiorgan, der „Münchener Post“, ein katholischer Gelehrter die Pläne auf, die gesponnen werden, um der Zentrumspartei für alle Zeit jede Spur von Selbständigkeit auszutreiben und sie zum willenlosen Werkzeug der völkischen Politik zu machen.

Nach den Mitteilungen dieses Gelehrten sollen die Bestimmungen der bekannten Enzyklika gegen den Modernismus in Deutschland die rigorosste Anwendung finden. Zunächst muß die große Parteiorganisation des Zentrums, der katholische Volksverein, in Diözesanverbände und Ortsgruppen aufgelöst werden, die dem Pfarrer resp. dem Bischof zu unterstellen sind. Von den Winthorstbünden und von den christlichen Gewerkschaften wird eine Erklärung darüber verlangt werden, daß sie nicht auf interkonfessionellem, sondern auf katholischem Boden stehen. Die katholischen Redakteure sollen den gleichen Glaubens-Eid wie die katholischen Professoren leisten müssen. Jeder katholischen Zeitung soll schließlich gewissermaßen als Zensor ein Geistlicher beigegeben werden.

Wird dieser Plan auch nur teilweise verwirklicht, dann wird über die katholisch-gläubige Bevölkerung des Reiches eine politische Hierarchie errichtet, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Denn man muß zu alledem hinzunehmen, daß durch die neuen Bestimmungen über die Abhängigkeit der katholischen Geistlichen eine streng zentralistische Organisation geschaffen wird, deren Mittelpunkt sich in Rom befindet, und innerhalb welcher jeder Widerspruch von vornherein ausgeschlossen ist. Hat Rom gesprochen, so ist die Sache erledigt. Der Befehl geht an die Bischöfe, von diesen an die untergeordnete Geistlichkeit und von dieser an die Verbände und Ortsgruppen des Volksvereins, der Winthorstbünde der christlichen Gewerkschaften. Widerspricht der Pfarrer, so wird er abgesetzt, widerspricht der Redakteur, so bekommt er den Pfarrverjenor auf den Hals, widerspricht ein Mitglied, so wird es durch Androhung von Kirchenstrafen angehalten, Ordnung zu halten. Ein vollständiges System der Unterwerfung wird aufgerichtet, das keine Lücken und Hinterlüken kennt.

Kein Wunder, daß im Zentrum Heulen und Zähneklappern herrscht. Was soll man tun? Offener Widerstand gegen Rom stünde im Widerspruch mit den Grundzügen der Partei. Da bleibt keine andere Taktik übrig als die, manhaft eine Faust in der Tasche zu machen und sich lässlich zu unterwerfen.

Rom und die „Münchener Post“, die Zusammenstellung mag manchem seltsam scheinen! Aber wenn der Vorwärts so oft die Stelle des „Reichsanzeigers“ vertreten hat, warum soll die „Münchener Post“ nicht auch einmal dem päpstlichen Amtsblatt die Arbeit abnehmen? Die Verhältnisse in Berlin und in Rom liegen ja auch durchaus ähnlich, und wenn man Wilhelm II. einen unfreiwilligen Helfer der Sozialdemokratie nennt, so ist es Pius X. nicht minder!

Die Vorstandschaft des katholischen Frauenbundes, Zweigverein München, erklärt im Anschluß an den Brief des Kardinal Kopp und zur Abwehr der von verschiedenen Seiten gegen den Bund erhobenen Beschuldigung, daß er auf die Entkristallisierung des katholischen Volkes hinarbeite, eine längere öffentliche Erklärung, in der er diesen „horrenden Vorwurf“ als eine dem katholischen Frauenbund angebotene Schmach mit Entschiedenheit zurückweist und sich auf das energischste gegen eine Wiederholung verwahrt — Eine solche Sprache gegen den Kardinal?

Politische Ueberblick.

Regierung gegen Hansabund.

Die Aufrufe zur Beitragleistung für seinen Wahlfonds, die der Hansabund dieser Tage erließ, haben das Mißfallen des Herrn v. Bethmann-Hollweg erregt. Sein Organ, die „Nordb. Allgem. Zeitung“, wendet sich gegen sie in einem sehr scharfen Artikel, der umso bemerkenswerter ist, als er dazu bestimmt sein dürfte, einen allgemeinen Vorstoß der Reichsregierung gegen den Hansabund einzuleiten.

Das Kanzlerblatt wendet sich mit besonders großer Entschiedenheit gegen einen Satz des Aufrufs an die Kaufleute und Industriellen, in dem es heißt, daß jahraus, jahrein „gewerbetreibliche, von Unverstand oder Eignung diktierte Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung jeden einzelnen Industriellen und jeden einzelnen Kaufmann entzweckten und belasteten.“ Diesen Satz nimmt er zum Ausgangspunkt der folgenden Betrachtungen:

Eine solche Sprache war bisher den Staatsfeindlichen Parteien vorbehalten, zu denen überzulassen der Hansabund die bürgerlichen Kreise verhindern will. An einer anderen Stelle behauptet der Aufruf, daß die gegenwärtige deutsche Wirtschaftspolitik die Interessen von Gewerbe und Handel und Industrie in jedem Zweige der Gesetzgebung und Verwaltung mißachte. Soweit uns bekannt, waren bisher große und maßgebende Kreise der deutschen Industrie überzogen Anhänger unserer Wirtschaftspolitik, und wir können deshalb nicht annehmen, daß diese Kreise mit einem solchen die Wirtschaftspolitik des Reiches in Haß und Zorn verdammen Urteil einverstanden sein werden, obgleich es durch das Verhältnis des Hansabundes und die Unterthätigkeit seines Vorstehenden gebot wird. Der Hansabund läßt Gefahr, wie derartige Aufrufe auch das Berühmte in seinen Beziehungen zu entwerfen. Wenn er den Gewerbestand zusammen und dessen Einfluß im Parlament stärken will, um damit ein Gegengewicht gegen den Reichsausschuß und dessen Agitation, die auch nicht immer frei von Uebertreibungen ist, zu schaffen, so werden ihm das für die gewerbliche Kreise nicht verabsäumen voranzutreiben, das es bei

340 Proteste gegen die Fleischsteuerung liegen, wie der „Mittl.“ gemeldet wird, bisher schon im Reichsamt des Innern aus den verschiedensten Teilen Deutschlands vor. Aber unsere agrarische Regierung wird sie beiseite schieben, ohne ernstliche Abhilfemaßnahmen zu treffen.

Zur Vizepräsidentenwahl im Reichstage bemerkt die freisinnige „Post“: Einen formellen Anbruch auf diesen Posten habe die nationalliberale Partei nicht, denn sie sei nicht mehr die stärkste Partei im Reichstage. Trotzdem werde man ihr den Sieg nicht abhandeln lassen. Die Reichspartei habe sich mit der Frage noch nicht beschäftigt und werde erst unmittelbar vor Beginn der Reichstagsarbeiten Stellung nehmen.

Zufuhrsteuer für einen Vortrag von Professor Forel. In ganz unglücklicher Weise handelte die Wiener Stadtverwaltung mit ihrer Zufuhrsteuerordnung. Nachdem sie kürzlich unbedeutend einen wissenschastlichen Vortrag für die Metallarbeiter besteuert hatte, nahm sie jetzt auch Zufuhrsteuer für einen Vortrag des weltbekanntesten schweizerischen Gelehrten Forel, der über „Ehe und Sexualleben“ sprechen soll.

Ich kann's noch werden. Der Unteroffizier Benz von der 6. Kompanie des Infanterie-Regiments 83 in Kall hatte, weil ihm der Urlaub verweigert worden war, die Meuterei getan: „Rei! Ich bin noch ein Sozialdemokrat, aber ich kann noch einen werden.“ Das Oberkriegsgericht verurteilte den Unteroffizier zu sieben Wochen Gefängnis und zur Degradation.

Ein liberaler Kandidat? In Rabiau-Wehlan haben die Vertrauensmänner der fortschrittlichen Volkspartei im Einverständnis mit der Leitung der Partei in Rabiau-Wehlan und Berlin einstimmig beschlossen, den Abgeordneten Richard Wagner in Tappan als liberalen Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl aufzustellen. Nationalliberale und Freisinnige gehen einmütig und haben sich auf diesen Kandidaten geeinigt. Die „Parting'sche Zig.“ feiert den Liberalismus des Wagner. Von diesem Liberalismus des Tappaner Abgeordneten ist aber bisher nichts angedeutet worden. Er hat die Sozialdemokratie im Rabiau-Wehlan mit recht konsequentem Willen verfolgt. Die Arbeiterbewegung war ihm stets ein Dorn im Auge. So stellt er sich gegen die Forderung wegen Verleihung der „Königsberger Volkszeitung“ und ergreift auch die Verurteilung des sozialdemokratischen Redakteurs. Allgemeines Aufsehen erregte dieser „liberale“ Mann, als er das alle preussische Vereins- und Versammlungsrecht unangenehm handhabte. Er bildete keine Frauen in öffentlichen Versammlungen und wies keine Frauen an, die Versammlungen aufzulösen, wenn die Frauen nicht aus dem Versammlungsort gehen wollten. Einmal sollte für den Fabrikarbeiterverband Genossin Fieß eine öffentliche Versammlung abhalten. Der Beamte verlangte die Entfernung der Frauen. Man gab widerwillig nach, um nicht die Versammlung zum Scheitern kommen zu lassen. Nun entschied aber — immer auf Veranlassung des liberalen Abgeordneten — der Polizeibeamte, daß auch die Genossin Fieß, die Referentin, aus dem Saale müsse, da sie auch eine — Frau sei. Die Versammlung wurde auf diese Weise verhindert. Später wurde aus einer Waidversammlung wiederum die Frauen hinausgewiesen: sie beherrschte sich der Einberufener beim Landrat und nun möchte die konservative Waidem „liberalen“ Abgeordneten klipp und klar zu verstehen geben, daß er nicht berechtigt sei, die Frauen aus öffentlichen Versammlungen zu entfernen. Und mit diesem „Musterliberalen“, der die Arbeiter nach jeder Richtung bekämpft hat, wollen die Freisinnigen den Kreis erobern.

Kapital-Konzentration. Zwischen der Aktiengesellschaft Krupp und der Mannesmann-Aktiengesellschaft finden Verhandlungen zum Zwecke einer Verschmelzung der beiden Unternehmen statt. Die Mannesmann-Aktiengesellschaft verfügt über 22 1/2 Millionen Aktienkapital. Mit der Fusion beider großen Gesellschaften würde auch eine weitere Bankverbindungen eintreten, da die Deutsche Bank mit der Mannesmann-Gesellschaft, die Darmstädter und die Dresdener Bank mit Krupp in enger Verbindung steht.

Ein befehliger Landrat. In der Beleihungsklage des Landrats des Kreises Gersfeld, v. Dörnberg gegen den Direktor Schneider, die aus Ehrsüchtigkeiten wegen der Jagdleibenschaft der beiden Parteien entstanden, erklärte Landrat v. Dörnberg, daß an den Behauptungen kein wahres Wort sei. Er habe allerdings den Wunsch geäußert, einen Waldstreifen zu seinem Landgelande zu erhalten, aber erst, nachdem die Pacht beider Seiten war. Die Jagdgesellschaft, die der Reichslandrat erhielt, habe ihm nachträglich in letzter Weise seinen Wunsch erfüllt. Auch die anderen Behauptungen seien unwahr. Das Schöffengericht hatte v. D. Direktor Schneider zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Beleihungsklagen gegen den Landrat liegen dem Direktor Schneider vollständig im Stiche. Die Verurteilung ist belanglos, daher das Urteil des Schöffengerichts auf 500 Mark Geldstrafe, denn eine schwerere Behauptung, als sie der Anklage ausgesprochen, könne gegen einen preussischen Landrat nicht erhoben werden.

Die hohen Tafelgelder. Die „N. B. Z.“ veröffentlicht Einzelheiten zur Neuregelung der Tafel- und Messergelder in der Marine. Die durch die Neuregelung zu erwartende Ersparnis wird auf 450.000 Mark geschätzt. Sie ist vor allen Dingen auf die scharfe sozialdemokratische Kritik zurückzuführen.

Ein politisches Schachergeschäft. Die „Freisinnige Zeitung“ teilt mit, daß die Konventionen im Wahlkreis Frankfurt-Leubus vor der Nachwahl an die Freisinnigen herangeht, gewinnbringend wegen der Nationalliberalen vorzugehen. Dies wurde abgelehnt. Allein die Konventionen wollten unbedingt Geschäfte machen und so haben sie bei der Stichwahl bekanntlich zuerst von den Nationalliberalen für die Wahlhilfe die Abtretung eines Landbesitzes verlangt. Diese Verbindung ist schließlich allerdings öffentlich fallen gelassen worden, anscheinend bestanden aber insofern doch gewisse Zusicherungen, denn eine gemeinsame Sitzung der Nationalliberalen und Freisinnigen hat sich mit der Angelegenheit befaßt und beschlossen, den Konventionen kein Landtagsmandat abzugeben. — Von Interesse ist es jedenfalls, zu hören, daß die Konventionen mit dem Freisinn zusammengehen wollten, mit demselben Freisinn, den die „Freisinnige Zeitung“ nicht schlecht genug machen kann.

Folgen der Moabitser Polizeischlägen. Infolge der Moabitser Unruhen sind bei dem Magistrat Berlin 102 Schadenersatzanträge angemeldet worden. Von diesen Anträgen sind 15 so ganz abgewiesen worden, weil sie in dem Zusammenhange vom 11. März 1880, welches nur einen Schadenersatz wegen Verletzung der Eigentums- oder Verletzung von Personen gewährt, keine Begründung fanden. Es handelte sich um Ansprüche infolge der Polizeischläge, die behaupteten, wegen der Unruhen ihre leerstehenden Wohnungen schwerer vermieten zu können. In den anderen Sachen sind die zur Feststellung des Tatbestandes erforderlichen Ermittlungen angeordnet worden.

Ausland

Die Verhaftung der Streikführer im Eisenbahnenstaat, die bekanntlich in der Redaktion der „Gumant“ stattfand, ging nach dem Bericht dieses Blattes in recht französischer Weise vor sich. Die Redaktionsmitglieder schreiben: Wir haben die Nacht in der Redaktion zugebracht. Nach 4 Uhr erschienen Jaurès, Bailant, Tarbouriech, Lauche, Boillan, Albert Thomas und andere Abgeordnete. Neben dem Redaktions- und Expeditionspersonal der „Gazette sociale“ und der „Gumant“ erwarteten wir das Erscheinen der Politischen Redaktionen, Ughy und Alexander Baranne, die zwei sozialistischen Abgeordneten. Um 9 Uhr 30 Minuten endlich vernahmen wir Geräusch von der Straße her. Zwanzig Agenten sind vor der Tür postiert, durch die eben Lepine mit dem Chef der öffentlichen Sicherheit Hamard schreitet. Lepine läßt Hamard vorstufen, der, indem er die Schärpe schwingt, erklärt: „Meine Herren, im Namen des Gesetzes, ich habe als Polizeikommissar ein Mandat erhalten.“ Abgeordneter Hamard geleitet die Herren in das vollbesetzte Redaktionszimmer. Kaum es: „Im Namen der Republik,

die das Recht auf den Streik anerkennt, promoviere ich gegen diesen Willkürakt. Wie legen Protest ein gegen die Regierung der Gewalt und des Verfalls.“ Lepine (zu Bailant): „Wollen Sie Ihre geduldeten Verhältnisse weiter fortsetzen?“ Allgemeiner Tumult und Plauschen. Hamard gelinnet es, die Ruhe wieder herzustellen. „Kameraden“, sagt er, „wie haben diese Leute eingeladen, Ihren Auftrag auszuführen.“ Unten ehemaligen Abgeordneten Alexander Baranne übermannen die Wut: „Hamard war es“, ruft er, der mich als Streikführer anstellte.“ Darauf erhob sich ein allgemeiner Sturm von Schimpfwörtern. Mufe: „Nieder mit dem Renegaten!“ wurden laut. Von den Politischen wagt jetzt keiner einen Ton zu erden. Hamard beginnt sein Werk; er ruft als ersten Motive auf: „Wenig kümmert mich das Gefängnis, wenn nur die Eisenbahner siegen, und sie werden siegen!“ Allgemeiner Beifall unterbricht seine Worte. Lepine nimmt den Verhaftungsbefehl aus den Händen Hamards, indem er sagt: „Ich bin der Advokat Lepine.“ Derselbe Richtung, sagt der Politische. Er wird von dem Abgeordneten Comper-Morel durch die Polizeikette hinabgeleitet. „Renault“ ruft jetzt, umherlaufend, Hamard. „Er sitzt da drüben auf dem ehemaligen Sessel Hamards.“ entgegnet ihm jemand, und Renault sagt hinzu: „Sie können auch hier Hamards Tisch bewundern; selbst seine Federhalter haben wir aufbewahrt.“ Die zurückbleibenden Sozialisten stimmen die Internationale an.

Der Eisenbahnerstreik in Frankreich. Die Nordbahn-Gesellschaft teilt mit, daß der normale Zugverkehr zwischen Frankreich, England, Belgien und Deutschland wieder vollständig hergestellt ist.

Beim Empfang beim Minister der öffentlichen Arbeiten, Miliereand, erklärten die Direktoren der Eisenbahngesellschaft, daß den Beamten und Arbeitern aller Eisenbahnen, soweit sie in Paris ansässig sind, spätestens am 1. Januar 1911 ein Mindestlohn von 5 Francs für jeden Tag, an dem sie Dienst getan haben, bewilligt werde. Das Eisenbahnpersonal wurde von dieser Aufbesserung benachrichtigt. Der Betrieb ist auf den großen Linien wieder nahezu voll hergestellt. Der Dienst im Vorortverkehr wird wahrscheinlich heute wieder vollständig sein. Auf der Nordbahn wurden gestern 174 Züge abgefahren, gegenüber 124 am Donnerstag. Die Zahl der Reisenden hat sich beträchtlich vermehrt. Eine große Menge Lebensmittel wurden abgeliefert.

Die Streikbewegung wird im wesentlichen als beendet angesehen. Mehrere radikale Blätter sprechen die Hoffnung aus, daß bei beiderseitigem guten Willen die Wiederverkehr solcher Ausstände lange Zeit hintangehalten werde.

Nach Schluß einer Versammlung der Bauarbeiter im Wintercolomban, in der eine Fortsetzung des Ausstandes beschlossen und erklärt wurde, daß zurzeit 80.000 Bauarbeiter ausständig seien, kam es in der Nähe des Haupttelegraphenamtes zu feindseligen Kundgebungen der Erdarbeiter gegen die Armee und Polizei. Die dortigen Munitivpalasgarde suchte die Demonstranten auseinanderzutreiben, wobei es auf beiden Seiten Verwundete gab. Mehrere Blätter melden aus Nuremberg, ein Soldat des 4. Infanterieregiments, der aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks mit einer Abteilung Soldaten die Ueberwachung des Bahnhofs St. Laurentien übernehmen sollte, habe sich geneigt, diesem Verlechte nachzukommen. Die Militärbehörde hat eine Untersuchung eingeleitet. Der direkte Bahnverkehr Berlin-Paris konnte gestern Abend noch immer.

Während sich in Paris die Eisenbahner beruhigt haben und der Verkehr wieder in leidlich normaler Weise von statten geht, treffen aus der Provinz zahlreiche Meldungen über Unruhen, veranlaßt durch ausständig Bahnarbeiter ein. So wurde nach bürgerlichen Blättern in Amagne versucht, einen Eisenbahnzug zur Entgleisung zu bringen, indem Öl auf die Schienen gegossen wurde. Ein Bahnarbeiter wurde wegen dieser Tat verhaftet. In Roullin feierte gestern Abend ein Wachposten, der in der Dunkelheit mehrere Personen bemerkte, die sich am Bahndörper in verdächtiger Weise zu schaffen machten, und von denen er vermutete, daß sie ein Attentat zur Ausführung bringen wollten, mehrere Schüsse ab. In Lang wurden zwei Bahnarbeiter wegen Verletzung von Arbeitswilligen verhaftet. In Caen wurde ebenfalls ein Bahnarbeiter verhaftet, der Propaganda für den Ausstand machte. In Landerneau wurden zahlreiche Signalbrüche durchschnitten. Auf der Westbahn griffen Ausständige einen Eisenbahnzug mit Steinwürfen an; es wurde jedoch niemand verletzt. Ebenfalls wurden auch hier zahlreiche Signalbrüche durchschnitten. In Landerneau sind insgesamt drei Züge von Ausständigen angehalten worden. Um 11 Uhr 45 Minuten griffen ungefähr 200 Ausständige, nachdem sie das Signal gegeben hatten, einen Zug an und veranlaßten den Lokomotivführer und Fahrer von der Maschine zu steigen. Gegen das übrige Inappersonal und gegen die Passagiere gingen die Ausständigen angeblich mit Steinen vor. Es gelang dem Lokomotivführer jedoch, den Zug wieder in Bewegung zu setzen. Einige Minuten später wurde auch ein nach Paris gehender Zug angehalten, die Kuppelungen desselben zerstört und das begleitende Zugpersonal mißhandelt.

Die vertriebenen Mönche. Oberrheinischen Meldungen zufolge haben in den letzten Tagen einzelne portugiesische Mönche auf der Flucht in oberrheinischen Klöstern Einkehr gehalten. Zahlreiche Jesuiten bleiben in Belgien, wo sie in den Provinzen Brabant und Limburg Untergrund in Jesuitenklöstern finden. Ministerpräsident Sarrailh teilte den Gouverneuren aller Provinzen mit, es seien neue Anweisungen bezüglich der aus Portugal einwandernden Klosterleute gegeben. Den Vorlesern der Klöster wurde befohlen, sie dürfen den Eingewanderten bloß vorübergehend Obdach geben. Letztere haben das Land zu verlassen, sobald sie ausgeruht und mit den nötigen Kleidungsstücken versehen sind.

Die Lage in Indien. Auf einem ihm zum Abschied gegebenen Festessen erklärte der Vizekönig Lord Minto, die auführerische Agitation habe keinen Weg aufgeführt. Man werde auch noch weitere politische Verbrechen erleben. Aber wenn es erneut zu Gewalttätigkeiten kommen sollte, so dürfe man sie doch ganz gewiß nicht als charakteristische Anzeichen für einen allgemeinen Aufstand in Indien ansehen. Die Rebel sinnen an zu weichen, und die Sonne beginne zu scheinen. Er glaube bestimmt, daß die Regierung die Schlacht gewonnen habe.

Sterblichkeit in freistehenden und in zusammengebauten Häusern. Das Gemeindevorstandungsamt Englands hat in einer von 1898—1907 für 13 Industriestädte in Yorkshire aufgestellten Statistik die Wirkung der Bauweise auf die Sterblichkeit untersucht. Man wählte möglichst gleichartige Wohnungs- und Wohnorttypen. Der Bearbeiter Dr. Darracq stellt fest, daß in Häusern, deren Rückwand an andere angebaut ist, die Sterblichkeit um 15 Prozent höher ist als in freistehenden. In Reihenhäusern steigt das bis auf 20 Prozent. Dieser mit reiner Seitenwand stehen nicht unglücklicher als ganz freistehende. Die größere Sterblichkeit macht sich geltend bei Lungenerkrankheiten (ausgenommen Schwindel) und Luftröhrenentzündungen (um 40 Prozent!), um ebensoviel bei Ernährungsstörungen und mangelhafter Ernährung kleiner Kinder, ferner bei unheilbaren Brustleiden (10 Prozent) und Durchfall (6 Prozent). Am stärksten äußerte sich das im Alter unter 15 und über 65 Jahren. Selbst in sich gesund gelegenen Häusern war diese Sterblichkeitsdifferenz festzustellen. Eigentümlich ist, daß eine Mindersterblichkeit an Tuberkulose nicht festgestellt ist. Es geht aus der Mitteilung der Labour Gazette nicht hervor, ob man sie nicht vielleicht ganz außer Betracht gelassen hat, da sie als Wohnortfreiheit ohnehin bekannt ist. Durch das Städtebaugesetz von 1909 sind Häuser mit aneinandergereihten Rückwänden für die Zukunft verboten worden.

Partei-Angelegenheiten.

Die einheitliche Organisation der sozialdemokratischen Partei der Schweiz an Stelle der jetzt noch bestehenden Zweiteilung in Parteiorganisation und Gruppierung ist vom Parteitag in Rantonn Bern im Einvernehmen mit dem Kantonalverband der Gruppierungen zu dem bevorstehenden Parteitag der Gesamtpartei beantragt worden. Der in dem Jahr 1888 in Genf von Deutschschweizern gegründete Gruppierung von ursprünglich ein hundertachtzig national-demokratischer Verband, der Anfang der fünfziger Jahre manche beachtliche Resultate zu erdulden hatte. Allmählich wandte er sich dem Sozialismus zu, nahm 1878 das sozialdemokratische Programm an, behielt aber dabei ein eigenes Programm und eine national gefärbte besondere Organisation bei. Er bildet heute einen Bestandteil der Partei, der namentlich die kantonale Ausbildung, Gesetze und ähnliches pflegt und zwei Sitzungen in Zürich und in der französischen Schweiz herausgibt. In der Buchhandlung des Gruppierungsverbandes in Zürich erscheinen fast alle Parteischriften. Doch ist bisher die Parteiorganisation und das Vermögen von den allgemeinen Parteieinrichtungen noch getrennt.

Wahlrecht und Dreiklassenparlament. Herausgegeben von der Landeskommission der preussischen Sozialdemokratie. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Preis 1,50 Mk.

Die Wichtigkeit des Inhalts wird am besten der Abdruck der Kapitelüberschriften dartun:

1. Die Entwicklung des Dreiklassenwahlrechts. — 2. Die Wahlrechtsvorlage des Ministeriums Bethmann Hollweg. — 3. Die erste Lesung im Plenum des Abgeordnetenhauses. — 4. Die Wahlrechtsvorlage in der Kommission des Abgeordnetenhauses. — 5. Die zweite Lesung im Plenum des Abgeordnetenhauses. — 6. Die dritte Lesung und die nachmalige Abstimmung. — 7. Die Vorlage im Herrenhause. — 8. Die Verhinderung des Beschlusses. — 9. Schlusswort.

Wir jeden Politiker ist die Schrift unentbehrlich. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Aus Oberschlesien.

Reußstadt OS., 17. Oktober. Verurteilte Wähllinge. In der letzten Schwurgerichtsverhandlung in Reuß wurden nicht weniger als drei Fälle von Sittlichkeitsvergehen aus Reußstadt, begangen an Mädchen unter 14 Jahren, abgeurteilt. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde der Arbeiter Kutz zu 9 Monaten, der Dachdecker und Schlosser Kirz zu 2 1/2 Jahren und der Dienstknecht Hiller zu sieben Monaten verurteilt. Eine vierte Sache schwebt noch.

Reußstadt OS., 15. Oktober. Ueber die Wasserversorgung von Reuß wird der „Schles. Zig.“ geschrieben: Bei der Stadtverwaltung in Reuß OS. besteht, wie bereits mitgeteilt wurde, die Absicht, den der Schlesiens Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb gehörigen Bahnschacht bei Reuß für die Wasserversorgung von Reuß nutzbar zu machen. Der Schacht hatte ursprünglich zu dem Hinkersbergwerk Maria bei Reuß gehört. Im Jahre 1895 hatte die Reuß-Bergwerksgrube begonnen, ihn als Wetterloch herzurichten und weiter abzubauen. Der Schacht war damals nur 76,5 m tief. Beim Weiterabteufen wurde bei 107 m eine Klüftung angetroffen, der so starke unter Druck stehende Wasser entströmte, daß der Schacht anzuheben und eingestellt werden mußte. Die Stadtverwaltung hat nun in der ersten Hälfte d. J. in dem Schachte Pumpversuche ausführen lassen, welche ergaben, daß in ihm über 2 1/2 cbm Wasser in der Minute zur Verfügung stehen. Es war jedoch mit einer Pumpe nicht gelungen, die Wasser bis zur Schachtsohle abzusaugen. Aus diesem Grunde beabsichtigt die Stadt eine zweite elektrisch angetriebene Pumpe von vier Kubikmeter Leistung in der Klüftung einzubauen. Die erforderlichen Mittel hierzu sind von den städtischen Körperschaften bereits bewilligt, und die nötigen Vorbereitungen sind im Gange. Man beabsichtigt, nach Einbau der zweiten Pumpe die Wasser bis zur Schachtsohle abzusaugen und abwärts den Schacht um einige Meter zu vertiefen. Auf diese Weise hofft man die wasserführende Klüftung freizulegen und die ihr entströmende Wassermenge zu vermehren. Ferner hat die Stadtverwaltung den Plan gefaßt, auf einem ihr gehörigen bei Reuß gelegenen Grundstück, das zu diesem Zweck vor zwei Jahren erworben worden ist, und außerdem im Reußener Stadtwalde je einen Schacht für Wasserversorgungszwecke abzubauen. Das Projekt ist von der Stadt der Regierung in Duppeln eingereicht worden, wo es zurzeit der landespolizeilichen Prüfung unterliegt.

Reußstadt OS., 17. Oktober. Das Opfer eines räuberischen Ueberfalls ist der Maurer Josef Kroll aus Siemianowitz geworden. Als er, von Hoberg nach Hause gehend, an die Hängeleiten auf der Siemianowitz Chaussee vorbeikam, sprangen vier Wegelagerer aus dem Chausseegraben, warfen ihn zu Boden und raubten ihm eine silberne Remontoiruhr, 7,80 Mk. bares Geld und ein Paar Gamaschen.

Reußstadt OS., 17. Oktober. Vom Schwurgericht. Das hiesige Schwurgericht hat in seiner 4. diesjährigen Periode an 10 Verurteilungen in 14 Strafsachen gegen zusammen 18 Angeklagte verurteilt. In 3 Fällen erfolgte Freisprechung, in einem Falle Verurteilung und in einem weiteren Falle wurde auf 3 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizei erkannt. Gegen die übrigen Angeklagten wurde auf insgesamt 18 Jahre Zuchthaus und 16 Jahre 6 Monate Gefängnis erkannt.

Reußstadt OS., 17. Oktober. Russische Gaskriegsbeschäftigung. Die beiden schifflichen Luftschiffer Kaufmann Bertram aus Chemnitz und Fabrikant Nestler aus Reuß, die am vorigen Sonntag auf einer Weltfahrt von Dresden aus in Ostus (Gouvernement Kiew) in Rußland landeten und dort verhaftet wurden, sind nach erfolgter Intervention des Auswärtigen Amtes am Donnerstag Vormittag freigelassen worden, nachdem sie drei Tage lang in Haft gehalten worden waren. Die in Rußland verhafteten zwei Insassen des Ballons „Elbe“ sind also nunmehr aus der Haft entlassen worden und am Freitag früh wieder in Chemnitz eingetroffen. Der Ballon ist mehrfach von Rosalen beschossen worden. Ueber die Fahrt gibt einer der Teilnehmer folgende Schilderung: Um 11,15 Uhr am Montag überflogen wir bei Reußlowitz die russische Grenze. Kurz nach 2 Uhr wurden südlich von Ostus fünf scharfe Schüsse auf uns abgegeben. Nicht weniger als neun Kugeln sausten in gefährlicher Nähe über am Ballonkorb vorbei. Die obersten einen Erdballast und entflohen dem gefährlichen Bereich der unfreundlichen Nachbarn. Als wir nach 4 Uhr in etwa 200 Meter Höhe über ein Hügeland dahinfliegen, sahen wir auf einmal aus dem Walde einen Trupp berittener Grenzsoldaten Jagd auf unseren Ballon machen. Als wir keine Miene zum Lande machten, rissen die Verfolger sofort das Gewehr an die Bände. Jetzt wurde uns die Lage bedenklich und wir entschlossen uns zur Landung. Am Hochflaute wurden wir festgehalten und heruntergezogen. Wir zeigten natürlich sofort unsere besten ruffischen Pässe vor. Aber selbst dies half nichts. Wir wurden in Reußlowitz gefangen genommen. Man hielt uns zwei Tage fest. Am Dienstag sandten wir nach Reußlowitz sowohl als auch an die Gefangenschaft in Dresden Telegramme. Am Mittwoch wurden wir auf einem Karren nach Ostus geschafft. Eine muntere, sieben Stunden lange Fahrt! Hier wurden wir auf dem Landesamt einem nachmaligen langen Verhör unterzogen. Dann traf aus Petersburg die Nachricht ein, daß wir freigelassen werden sollten. — Endt russisch!

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Post-Grabenstraße 7. — Verlag von Gustav Wolff. — Druck von G. Wolff & Co. in Reußstadt OS. — Inuitlich in Reußstadt OS. — Preis 2 Bogen.

Pflanzenbutter ein neuer Butter-Ersatz!

Die anhaltende Steigerung der Naturbutterpreise hat mehr und mehr zur Verwendung geeigneter Butter-Ersatzmittel und namentlich der Pflanzenbutter-Margarine geführt. Von letzterer sind besonders beliebt von den Bergh's bekannte Marken:

«Palmkrone» und «Palmstolz»

die besten Naturbutter in jeder Verwendungsart gleichkommen. In allen einschläg. Geschäften erhältlich.

Ein treuen Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Am 15. d. Mts. verstarb nach langem Leiden meine herzengute Gattin und treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin und Grossmutter
Emilie Wende geb. Ameis
im 41. Lebensjahr.
Dies zeigt schmerz erfüllt an
Der trauernde Gatte
Wilhelm Wende nebst Kindern.
Beerdigung: Dienstag, den 18. d. Mts. nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Hubenstrasse 113 nach St. Salvator.

Am 18. d. Mts. verschied nach langer Krankheit das Mitglied
Frau Emilie Wende
im Alter von 44 Jahren
Von ehrenden Andenken werden ihr bewahren
Die Mitglieder der Begräbniskasse des Zentralverbandes der Zimmerer.
Beerdigung: Dienstag, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Hubenstrasse 113 nach St. Salvator.

Stadt-Theater. Bergstrasse 27 u. 28
Freundliche Wohnungen von 14 bis 21 Zim.
Vermietbar.
Bergstrasse 27
Wohnung, die jedes Gesch. mit angeschlossen ist, zu vermieten. Näheres ca. 1087

Lobe-Theater.
„Der Graf von Luxemburg“.
„Der Feldherrnhügel“.
„Die geschiedene Frau“.

Thalia-Theater.
„Die verjüngte Glocke“.

Schauspielhaus
„Die feuchte Susanne“.

Lieblch's Etablissement.
Täglich:
**Chantecler
Schneider-Duncker.
Paul Conchas.**
Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater
Les Rainat's
Robert Paxton's
Lebende Gemälde
Emmy Schmitz
und das vorzügliche Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonst Wochentage gültig.

Zeltgarten
Dir.: H. Krstulik.
12
ganz neue
Attraktionen!
Alles neu für Breslau.

Palmengarten.
Dir.: H. Krstulik.
Oktoberfest
A la München.
Schütz P. Knorn.
2 neue Kapellen
Entree frei.
„Reformater“ überall käuflich!
Halten Sie fest
mit reif und fertig zu laufen.
Nur gute Stoffe, 2 1/2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Geschäfts-Gründung!
Allen meinen werten Bekannten und
Geneigten zur Nachricht, daß ich in
Cosel-Breslau
ein
Holz-, Kohlen- u. Kartoffelgeschäft
eröffnet habe und bitte um gütigen Besuch.
John Schwarz, Cosel bei Breslau.

Seiden-Reste
ausreichend zu Waschen und
Ableiden
Mtr. 0.95 1.25 1.55
früherer Wert bis 4 Mtr.

Runschke Lauben,
Schweidnitzerstrasse 49, I. Stg.
49 49 49 49

Haus- u. Küchengeräte
ausländische u. Kochgeschirre
Zolinger Stahlwaren
Lieferung in bestmöglicher
zu billigsten Preisen
Gebrüder Friedrich
Breslau, Schmiedebrücke 24.

Striegau. Bildungsausschuß.
Mittwoch, den 19. Oktober 1910
findet in Sauer's Konzertsaal die
erste Volksvorstellung
statt. Zur Aufführung gelangt:
Ausgewiesen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. — Anfang präzis 8 Uhr.
Einem zahlreichen Besuch sieht entgegen
Der Bildungsausschuß.

Haushalt-Seifen.
grosse schöne Abfall- und Randstücke
von Oranienburger-, Eschweger- und Talgspar-
Seifen zugewogen
per Pfund 24 Pfg. Rabatt-
Feinste weisse Salmiak-Terpentin-
Schmierseife p. Pfd. 18 Pfg. Marken
Toilette-Abfall-Seifen Pfd. 42 Pfg. auf sämt-
liche Artikel
A. Jaks, Seifenfabrik, Breslau IX
Hirschstr. 21, Nähe der Paulstr. Telephon 7430.

Gust. Schönherr's 2 teil. Sprungfed.-Matr.
ist die beste der Gegenwart
à 32 Mk. Aufpolster mit
Sprungfed.-Matr. u. dies.
System 18 Mk.
52 5
Gust. Schönherr, Möbel-Handlung
Kais. Wilhelmstr. 5/7

**Rechte u. Pflichten
des Mieters**
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig
auf Grund der Motive und der
Denkschrift zum Bürgerlichen
Gesetzbuch bearbeitet und ist ein
sicherer Führer durch das Miets-
recht.
Buchhandlung Volkswacht.
Die Volkshule wie sie ist
von Otto Rühle
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition
und Kolporteurs.

Kaufhaus Adolf Pusch
Hermsdorf bei Waldenburg.
Total-Ausverkauf
wegen Aufgabe des Geschäfts.
In kurzer Zeit löse ich mein Geschäft vollständig auf
und stelle mein ganzes Lager in
Herren- und Knaben-Konfektion, Schuhwaren,
Hüten und Mützen, Wollwaren, Trikotagen,
Wäsche, Krawatten, Arbeiter-Bekleidung
zu ganz gewaltig herabgesetzten Preisen
zum vollständigen Ausverkauf.
Viele Artikel unter der Hälfte des früheren Preises.
Enorm grosse Posten nur reeller
guter Waren werden bis
Jeder Einkauf bringt grosse Vorteile.
Keine Auswahlsendungen. Verkauf nur gegen Barzahlung. Kein Rabatt.

Sandberg!
Mein neues Unternehmen empfehle ich den werten Geneigten bei Bedarf von
Möbeln u. anderweitiger Tischlerarbeit.
Lager fertiger Särge, sowie allem Zubehör.
H. Maywald, Tischlermeister
Sandberg Nr. 15.
Die Aufschaffung und Abwicklung der Sachen wird mit übernommen.
(Katastalt wird auf Wunsch geliefert.)

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek.
Die Gesundheit ist des Arbeiters einziges Gut. Erhaltung
der Gesundheit ist gleichbedeutend mit Erhaltung der Arbeitskraft. Darum
ist der Arbeiter an der Hygiene, derjenigen Wissenschaft, welche von der
Erhaltung der Gesundheit und Krankheitsverhütung handelt, in noch höherem
Grade interessiert als der Wohlgebende.
In gemeinverständlicher Darstellung, unter besonderer Berücksichtigung
der Arbeiterverhältnisse, werden in jeder Nummer der Reihe die für den Arbeiter
wichtigsten Abschnitte aus dem weiten Gebiet der Gesundheitspflege von er-
fahrenen Ärzten bearbeitet, so zwar, daß jedes Heft für sich ein
abgerundetes Ganzes bildet.
Bisher erschienen:
Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.
2. Das erste Lebensjahr, von Dr. Silber-
stein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung
zu empfehlen.
3. Gesundheitspflege des Nervensystems.
Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese
diese Anleitung.
4. Der Achttundentag, von Dr. Sabel.
Eine ärztliche Begründung der sozial-
demokratischen Forderung.
5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse, von
Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agi-
tationsbrochüre.
6. Das Schulkind, von Dr. Silberstein.
Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist
Zweck dieses Büchleins.
7. Geschlechtsverkehr und Geschlechts-
krankheiten, von Dr. Gebert. Belehrend
über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.
8. Nahrung und Ernährung, von
Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für
jeden Arbeiter und seine Familie.
9. Wie sollen wir uns kleiden? von
Dr. Paul Bernstein.
10. Der Arbeiterschutz mit besonderer Be-
rücksichtigung der Berufshygiene von
Dr. W. Epstein-München.
11. Frauenleiden und deren Verhütung.
12. Vom medizinischen Aberglauben, von
Dr. E. Theising-Magdeburg.
Jedes Heft 20 Pfg.
Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich
geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht
und durch unsere Kolporteurs.

**Wir
empfehlen:
Der
dumme Teufel**
Die Katastrophe
der
Zentrumspolitik.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung
„Volkswacht“.

**Die Grundbedingung
des Wirtschaftslebens.**
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Die Schreckensherrschaft des Zaren.

Schon das flinke Jahr dauert das blutige Nachspiel der kontrerevolutionären Gewalt in Russland fort. Seit der Niederwerfung der offenen revolutionären Massenbewegung hat der Autokrat die Macht der Regierung nur noch mehr zugenommen. Sie steht ihr Unvermögen ein, dem Lande etwas anderes als blutige Repressionen zu geben und will durch Einrichtungen, Kriegsgerichte, Gefängnisse und Ausnahmebefugnisse ihre Macht, so lange es möglich ist, stabilisieren. In ununterbrochener Kette zieht sich die gerichtliche „Liquidation“ der revolutionären Bewegung fort. Die Welle der Repression, der allgemeinen und Ausnahmejustiz fordern immer neue Opfer, und diese, an die Ketten der spanischen Inquisition mahnenden Gerichtsverhandlungen werden nur unterbrochen von dem Todesurteil über unschuldig Gemordete, den Skandalen der Gefangenen in den Kerkern des Zaren.

Die Petersburger Monatszeitschrift „Zavremennye Mir“ bringt in ihrer letzten Nummer eine Arbeit von A. Wentin, dessen Zahlen auch der bekannten Schrift von Krapotkin über die Schreckensherrschaft in Russland zu Grunde gelegt wurden. In diesem Artikel werden die Ergebnisse der russischen Vorkriegsjustiz, die traurigsten Fälle der Unterdrückung im ersten Halbjahr 1910 vor Augen geführt. Die Zahl der Opfer, die in dem genannten Zeitraum für politische und gesellschaftliche Verbrechen verurteilt wurden, beläuft sich auf 2178. Hierunter wurden verurteilt: Zum Tode 316 Personen (14,5 Prozent), zu Zwangsarbeit 459 Personen (auf insgesamt 2091 Jahre), zur lebenslänglichen Deportation nach Sibirien 173 Personen, während die übrigen 1998 Personen zu verschiedenen Strafen, wie Disziplinarstrafen, Festungshaft usw., auf insgesamt 1631 Jahre verurteilt wurden. Insgesamt wurden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen 3199 Personen, von denen — nach jahrelanger Untersuchung — 821 freigesprochen wurden.

Von den Motiven zur Verurteilung haben an erster Stelle die Anklagen auf Teilnahme an der politischen Massenbewegung und der organisatorischen Tätigkeit der politischen Parteien. Insgesamt waren dafür angeklagt 1111 Personen, von denen verurteilt wurden zum Tode 8, zu Zwangsarbeit 177, zur Deportation 173 Personen.

An zweiter Stelle folgen die Anklagen wegen Vandalismus. Zur Verantwortung gezogen waren 1098 Personen, von denen verurteilt wurden zum Tode 21, zu Zwangsarbeit 29, während die übrigen 833 mit leichteren Strafen davonkamen.

Dann folgen die „gewalttätigen Angriffe auf das Eigentum und ihre Träger“ und die „terroristischen Aktionen gegen die Behörden“, die von der Regierung stets in den Vordergrund gerückt werden, um die Notwendigkeit der Kenterjustiz nachzuweisen. In der ersten Gruppe dieser Prozesse wurden zur Verantwortung gezogen 563 Personen, von denen 473 verurteilt wurden, darunter 19 zum Tode. Wegen der sogenannten „terroristischen Aktionen“ und des Widerstandes gegen die Behörden wurde verhandelt gegen 316 Personen, von denen verurteilt wurden 303, darunter 39 zum Tode. Was unter der letzten Gruppe der Prozesse zu verstehen ist, ist daraus ersichtlich, daß ein großer Teil von ihnen gegen die Gefangenen gerichteter waren, die an „Revolten“ oder „Muthverfälschungen“ teilnahmen.

Es versteht sich von selbst, daß die grausamsten Strafen von den Kriegsgerichten gefällt wurden, auf die mehr als ein Drittel aller Verurteilungen entfielen. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die Mehrzahl der Verurteilten sich aus den „demokratischen Schichten der Bevölkerung“ rekrutierten, die die ganze Schwere des kontrerevolutionären Nachspieles zu spüren bekommen.

Außer den gerichtlich konzeptionierten Hinrichtungen fanden in dem genannten Zeitraum, obgleich das „Erschießen bei einem Rückwärtsschritt“ nicht mehr so häufig wie früher angewendet wurde, zahlreiche Morde und Missetaten bei Zusammenkünften mit den Behörden statt. Bloß auf Grund der Mitteilungen der periodischen Presse wurden bei diesen Zusammenkünften im ersten Halbjahr 1910 getötet 159 Personen, verwundet 168, und Exekutionen ausgeführt 76 Personen. Hierunter wurden bei Rückwärtsschritten getötet 45, verwundet 42, in Gefängnissen getötet 9 und verwundet 5 Personen, bei Vandalismen (die infolge der Anwendung des Sowjetischen Vandalengesetzes ausbrachen) getötet 14 und verwundet 37 Personen. Das Schicksal der Schuldigen gegen die Fenster der Gefangenenzellen forderte auch in diesem Zeitraum zahlreiche Opfer. Rekrutiert wurden 4 Ermordungen von Gefangenen in Wahn, Wokane, Lohz und Uralst. Die Exekutionen fanden statt vorzugsweise

in den Gefängnissen und den Verhaftungsorten. (Wir erinnern bloß an die Exekution im Katoragefängnis zu Tobolsk und im Gouvernement Archangelst.) Das Durchdringen der politischen Gefangenen wurde realisiert in den Katoragefängnissen zu Tjumen, Tobolsk und Saratow. Die Katoragefangenen in Wertschinsk und Tschita schrieben in ihrem Appell an die sozialdemokratische Demofraktion: „Die gesamte Katorga stöhnt, acht zu Grunde, verblutet... Missetaten, Durchdringungen (milydenens 100 Stöße, oft ohne jeden Anlaß) und sonstige Exekutionen — das müssen die Katoragefangenen alles erdulden.“ Und noch in diesen Tagen veröffentlichte die Zeitung „Uralst Krai“ die Erzählung des früheren Abgeordneten der zweiten Duma, Genossen Kabanoff, der die im „Hochverratsprozeß“ gegen die sozialdemokratische Fraktion zubillierte Strafe im Gefängnis zu Wladiwostok verurteilt. Dreimal wurde dieser frühere Volksvertreter den Exekutionen durch die vertierten Aufseher ausgesetzt. Zuerst schlug man ihn mit Häuten und Klintenkolben, dann mit Knuten. Und immerfort wiederholten seine Gefenker: „Da hast Du, Mitglied der Reichsduma, Sozialdemokrat.“ Das Ergebnis dieser Exekutionen war, daß dem Genossen Kabanoff alle Zähne ausgeschlagen, die rechte Hand ausgekernt und der Rücken mit Wunden bedeckt wurde.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Oktober.

Geschichtskalender.

18. Oktober.

- 1757 Raumur, der Erfinder des Thermometers, in Vermont (Vereinigtes Königreich) geboren.
- 1878 Annahme des Sozialistengesetzes im Reichstage.
- 1897 Karl Willenberger.

Ungelähr 600 Wahlmänner

können infolge Tod, Umzug u. d. ihr Amt bei der kommenden Landtagsersatzwahl nicht mehr ausüben und müssen deshalb bei den Neuwahlen am 21. November ersetzt werden. In diesen Neuwahlen sind von den 540 Wahlbezirken der Stadt etwa 490 beteiligt! Da die Wählerlisten bereits am Sonnabend, Sonntag und Montag ausliegen, muß die Arbeit sofort beginnen.

Die Zentrumsliste haben ihre Kandidaten schon nominiert, ihre Namen aber noch nicht bekannt gegeben. Die „Schles. Ztg.“ sucht auf die Nationalliberalen einzuwirken, damit diese ihre Stimmen bei der bevorstehenden Ersatzwahl am — Zentrum überliefern.

Für die Ersatzwahl ist der Oberbürgermeister Dr. Bender um Wahlkommissionär und der Bürgermeister Trentin zu seinem Stellvertreter ernannt worden.

Der Bischof oder der Ehrendomherr?

Die „Klerikale „Schlesische Volkszeitung“, deren polemische Bedürfnisse gegenwärtig von der „Breslauer Zeitung“ doch mehr als ausreichend gedeckt werden, fällt in ihrer blinden Kampfeszeit am Sonntag urplötzlich über die „Volkswacht“ her und schlägt und sticht um sich, als hätten wir den Papst selbst vom Altar heruntergeholt. Welches ist der Anlaß zu dem plötzlichen Ueberfall? Der freundliche Leser informierte sich selbst an der Hand des folgenden Auschnittes aus der frommen Zeitung:

Eine elende Lüge läßt wieder einmal die „Volkswacht“ los. In ihrer Nummer 213 steht nämlich zu lesen:

„Im „Lorrain“, dem Blatt des Bischofs Venzler, schreibt der Ehrendomherr Collin:

Das allgemeine Stimmrecht ist entschieden eine vom Teufel erkundene Mechanik... Wäre ich Papst, so würde ich den Vitanen die Annullierung hinzufügen: Vom allgemeinen Stimmrecht erlöse uns, o Herr!

Der wädere Zentrumsmann hat recht: für das Zentrum ist das allgemeine Stimmrecht bloß der Weg in des

Teufels Ruche. Das wird sich hoffentlich schon bei den nächsten Reichstagswahlen zeigen.“

Ob vorstehendes Zitat sich im „Lorrain“ befindet, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir haben auch kein Interesse daran, es festzustellen. Denn — und das dürfte und müßte der „Volkswacht“ auch bekannt sein — die „Zentrumsparlei“ hat mit dem „Lorrain“ auch nicht das geringste zu schaffen. Im Gegenteil, sie befindet sich fortwährend im heftigsten Kampfe mit diesem Blatt — nicht des Bischofs Venzler, sondern eben des Ehrendomherrn Collin. Ein klassisches Beispiel für die sozialdemokratische Kampfesweise! Man greift einfach eine Neuerung auf, die einem in den Mattationskram hineinragt, steht etwas vom „Ehrendomherr Collin“ und macht ohne weiteres einen Zentrumsman daraus. Wirklich keine Herceit, durch solche Kampfmittel die Massen aufzuheben und sich Anhänger zu verschaffen!

Hieran schließt sich dann noch eine Polemik wegen eines Flugblattes in Fauer-Landeshut, die wirklich nichts Neues bringt. Die Hauptaufregung bezieht sich jedenfalls auf obigen Wahlrechtsanspruch, der also nicht dem Organ des Bischofs Venzler, sondern dem Organ des Ehrendomherrn Collin entstammt, im übrigen aber wahr ist. Nun wären wir selbst wenn wir nur den Domherrn genannt hätten wahrhaftig nicht auf den Gedanken gekommen, daß dieser Domherr kein Zentrumsmann, sondern etwa ein Freimaurer oder Liberaler sein könnte. In der Tat ist er das letztere auch nicht, sondern er in einfach Lehnherr, gehört also in jener parlamentarischen Gruppe, die sich zwar in den Reichstagen mit dem Zentrum ab und zu mal ein wenig raut, im Reichstage aber mit demselben Zentrum seit dem Bestehen des Reiches durch dick und dünn geht! Der Unterschied ist wahrlich nicht so erheblich, daß das fromme Blatt seine gute Erziehung so weit verwenden muß und gleich mit „elender Lüge“ losziehen sollte. Wir finden übrigens dieselben Angaben, die wir machten, auch in der bürgerlichen Presse. Die „Tägliche Rundschau“, Zeitung für nationale Politik mit Unterhaltungsblatt für die Gebildeten aller Stände, teilt ihre diesbezügliche Notiz wie folgt ein:

Das allgemeine Stimmrecht und der Teufel. Im „Lorrain“, dem französischen Blatte des Bischofs Venzler, schreibt sein Ehrenkollaborator, Ehrendomherr Collin, in einem Leitartikel wörtlich folgendes: „Das allgemeine Stimmrecht ist entschieden eine vom Teufel erkundene Mechanik.“ Ferner, so orakelt er weiter, seit einem halben Jahrtausend sei das allgemeine Stimmrecht die Ursache der allgemeinen Demoralisation geworden! Es teile die Wähler in drei Klassen ein, solche, die blinden Säuglingen, andere, die auf's Wild gehehen Jagdhunden gleichen, eine dritte Zahl endlich stamme aus unabhängigen und freien Bürger. „Darum“, so schließt Herr Collin, „würde ich, wenn ich, Papst wäre, den Vitanen die Annullierung hinzufügen: Vom allgemeinen Stimmrecht erlöse uns, o Herr!“ Herr Collin hat nur vergessen hinzuzufügen, welcher von den Kategorien der Stimmenden die Klerikale angehört. Wir möchten, der ersten wie der zweiten. Denn sonst wäre er doch nicht gegen das allgemeine Stimmrecht.

Wie die „Volkswacht“ sieht, sind auch andere noch der unwesentlichen Verwechslung zwischen dem Bischof und dem Ehrendomherrn Collin zum Opfer gefallen, was unsere ultramontanen Zeitungen zwar wahrscheinlich nicht beruhigen wird, aber vielleicht die Verteilung ihrer Kraft und Kofenworte unter die übrige schlechte Welt zuläßt. Wir bereuen jedenfalls unsere böse Tat und stellen fest, daß der Ausdruck vom Teufelsstimmrecht nicht vom Bischof Venzler, sondern vom Ehrendomherrn Collin herührt. Wir hoffen durch unsere Demut zu erreichen, daß nunmehr die „Schles. Volksz.“ nie mehr eine „elende Lüge“ über die Sozialdemokratie bringt.

Aus aller Welt.

Verheerungen eines Aviatikers. Ein furchtbarer Unfall wurde Sonnabend Nachmittag zu Limoges durch den Aviatiker Baillot herbeigeführt, der mit einem Eindecker inmitten der Stadt von der Avenue du Champs Juillet aufzusiegen suchte. Während der Anfahrt raste der Apparat mit voller Geschwindigkeit gegen eine die Tramwaylinie absperrenden Pfosten, den er niederante, worauf er auf einen Zuschauerhausein stieß. Mehrere Personen konnten sich retten, während andere niedergeworfen wurden. Eine Frau, die am Kopfe getroffen wurde, war sofort tot. Ein junges Mädchen und ein Kind wurden sehr schwer verwundet. Die Menge wollte in ihrer Wut den Aviatiker lynchen, sodaß ihn die Polizei in Schutz nehmen mußte.

Zum Czestochauer Skandal kehrt die polnisch-kerikale Presse jetzt plötzlich eine völlig neue Lesart in Umlauf. Demnach soll man es bei dem Mörder Macoch mit niemandem anderen als mit einem Spion zu tun haben, den die russische Regierung dort haben wollte, wo die religiösen und patriotischen Gefühle des ganzen polnischen Volkes zusammenfließen. Es wird in dem Briefe aus Polen auch auf jenen Auspruch Macochs hingewiesen, wo er von sich behauptet, daß er sich nie als rechter Presker fühle. Das nach seiner Verhaftung zuerst behandelte so reumütige und zerknirschliche Wesen weicht allmählich einem sogar breißen und herausfordernden Auftreten. Die „Gazeta Warszawska“ schreibt zu dieser Angelegenheit: „Es ist doch eine selbstverständliche Sache, daß die russische Regierung mit der Aufstellung des Entfalls Alexander II. am Fuße der Jasna Gora den Wallfahrern, die dort zusammenströmen, nicht nur ihren „Bar-Besetzer“ vorstellen wollte, sondern daß sie auch ein Interesse daran haben mußte, einen „Ihrer“ Menschen innerhalb des Klosters zu besitzen. Und für einen solchen Vertrauensposten konnte sie unter keinem geeigneteren Stande als dem Stande der Gemeindeführer einen solchen Menschen finden. Mit den letzteren hat das Volk als einer Bande untertäniger Spione, schon immer gerechnet. Verstandlich ist auch, daß die russische Regierung, um ihre durchsichtigen Pläne auszuführen, ein starkes Interesse daran hatte, daß die Ansicht über die Einhaltung der Ordnung nicht dem ganzen Konvent, sondern nur einer einzelnen Person übertragen wurde. Und in P. Reimann hat die Regierung einen Prior gehabt, der ein durch nichts zu entschuldigendes unbegrenztes Vertrauen auch zu dem gewiß immer schon verächtlichen Macoch hatte. Interessant wird es jetzt sein, zu sehen, was die russische Regierung mit Macoch machen wird. Es wird

ihm wohl so „gut“, wie allen anderen Kollegen seiner Gattung ergehen; man bestockt ihn nur fürs Auge und setzt ihn in die Schließkammer, wo er gute Zeiten verleben dürfte.

Dann wird noch ein Brief angeführt, der an ein Lemberger Blatt von einem „genauen Kenner der Arbeiten der russischen Geheimpolizei“ in dieser Angelegenheit gerichtet wurde. Danach ist Macoch nur in der ausschließlichen Absicht ins Kloster hineingebracht worden, um durch sein demoralisierendes und aller Ordenszucht hochsprühendes Verhalten etwas zu provozieren, welches ein Eingreifen der russischen Regierung erforderlich gemacht hätte. Ein Mordverbrechen war nach der Information des Schreibers schon im Jahre 1905 vorgesehen. Der Krieg mit Japan ließ aber dieses Projekt wieder fallen. Man wollte durch aus den Glauben des Volkes an einen ailtigen Gott erschüttern. (?) Der Brand im Kloster und der Raub am Muttergottesbilde, das sich doch Vorfälle, die auch zu denken geben. Man beachte ferner auch die Bemühungen Macochs, noch andere seiner Ordensbrüder in seine Sache hineinzuziehen. Die ganze Geschichte ist sehr geistreich eingeschickt. Es gibt schon heute Polizei auf der Jasna Gora, was früher direkt unmöglich war. Die Regierung kennt auch weiter keine Rücksichten mehr. Sie verleiht der Angelegenheit eine ihr nicht zukommende Bedeutung und umzieht das Kloster mit einem Militärkordon, als wenn es sich um ein Räuhernest handeln würde. Es ist doch alles gar zu durchsichtig, worauf die russische Regierung hinstreift.

Die deutsche kerikale Presse ist in einiger Verlegenheit, wie sie sich zu diesen sein erdachten Ausreden stellen soll, denn sie hat den Repräsentanten der russischen Regierung, den Bar, eben erst als lieben deutschen Gast vor den Anarissen der bösen Sozialdemokraten geschickt. Und nun sollen in seinem Namen solche Schustereien verübt sein? Eine böse Zwickmühle!

Eisenbahnkatastrophe. Auf der Bahlinie St. Louis—St. Francis ereignete sich ein schrecklicher Unglücksfall. Ein Bahnzug stürzte bei Compton über eine Brücke herab, deren Stützpfeiler moßig geworden waren. Vier Wagen türmten sich übereinander. Man zählt bis jetzt 43 Tote.

Aufgehobenes Todesurteil. Das Oberkriegsgericht des 1. Armeekorps zu München verhandelte Freitag als Verurteilungssitzung gegen den Infanteristen Lubwja Foegetle, den das Kriegsgericht am 9. August wegen Raubmordes an der Geschäftsinhaberin zum Tode verurteilt hatte. Das Oberkriegsgericht hob das Todesurteil auf und erkannte nur wegen Verbrechens des schweren Raubes und Todschlags auf lebenslängliches Zuchthaus.

Ein festliches Avenant wurde, wie aus Dassa gemeldet

wird, einem Gehwirt von seiner Heimatgemeinde zu Gerichtswenden angedreht. Es lautet: „Hiermit ist über den Verlangten nichts Nachteiliges bekannt. Da er von der Gemeinde nicht geboren wurde. Seine Eltern sind bereits vor längerer Zeit gestorben und daher nicht mehr am Leben.“

Schiffskatastrophen an der englischen Küste. Während des letzten Sturmes ist der Londoner Dampfer „Granford“ vor Dartlepool gesunken. Hwanzig Mann sind ertrunken. Nach Meldungen aus Fithward feierte das St. Davids Rettungsboot, nachdem es die Mannschaft des Schoners Democrat auf Swanlea gerettet hatte. Die Mannschaft des Rettungsbootes suchte Zuflucht auf einem Fels, wo sie die Nacht, den Unbillen des Wetters ausgesetzt, zubrachte. Als es Tag wurde, fehlten drei von ihnen, die die Klut weggespült hatte. Das Bergungsboot der übrigen noch Ramfay Island war bei dem schweren Seegang sehr gefährlich. Auf der Höhe von Eberingham sank der Dampfer Frathfield. Das Schiff hatte um Hilfe appelliert; ehe diese gebracht werden konnte, sank es. Drei Mann der Mannschaft retteten sich in einem Boot. Von den übrigen sechzehn fehlt jede Spur. Die Bark „Terius“ strandete eine Meile von der Ristenwade Station Rendown in Kent. Die Mannschaft verließ das Schiff im eigenen Boot. Dieses schlug um; nur ein Mann wurde gerettet. Der Kapitän mit Weib und Kind ertranken. Eine große Anzahl von kleineren Booten strandete an verschiedenen Punkten der Küste, ohne daß Verluste an Menschenleben zu beklagen waren.

Die Buchstaben S im deutschen Meer — so überschreibt die kerikale Zeitung „Das Ultimas Noticias“ (Abendausgabe des Blattes „El Mercurio“) in ihrer Nummer vom 1. September folgenden Artikel: „Um den Grad der Trunkenheit ihrer Untergebenen in der Führungsliste anzugeben, bedienen sich die Vorkämpfer im deutschen Meer folgender fünf Bezeichnungen: S, SS, SSS, SSSS, SSSSS. Der Buchstabe S ist der Anfangsbuchstabe des Wortes „saufen“ (Trinken von alkoholischen Getränken), des Wortes „sehr“, des Wortes „stark“, des Wortes „schlecht“ und des Wortes „Schwaps“ (Branntwein). Die erste Bezeichnung mit S bedeutet, daß der betreffende Offizier etwas mehr trinkt als er sollte (kauf). SS bedeutet, daß er viel trinkt (kauft stark), SSS bedeutet, daß er außerordentlich viel trinkt (kauft sehr stark), SSSS bedeutet, daß er eine erschreckende Menge Branntwein zu sich nimmt (kauft sehr stark Schwaps), SSSSS bedeutet, daß er übermäßige Mengen schlechten Branntweins zu sich nimmt (kauft sehr stark schlechten Schwaps). Das letztgenannte Prädikat pflegt sehr fatal zu sein, denn obgleich ein deutscher Offizier nicht als Schwaps bezeichnen gilt, gewaltige Mengen von schlechter Beschaffenheit an trinken.“ — Diese Bezeichnungen, die sehr hüter wirt, ist eine alte Anekdote, die aus der Zeit des letzten Krieges stammt.

Eine scharfe Attacke

gegen den preussischen Kriegsminister tritt auf der zweiten Generalversammlung des Gesamtverbandes preussisch-deutscher Vororte in Charlottenburg unser Breslauer Stadtbaurat Berg und mit ihm der Bürgermeister von Brodau, Herr Dierschke, Stadtbaurat Berg-Breslau sprach über: „Städtebauliche Beziehungen von Großstädten und Vororten.“ Er hielt sich in der Hauptsache an die Entwicklung von Groß-Berlin und führte dazu aus:

Die Entwicklung von Groß-Berlin hat sich besonders nach Südwesten erstreckt. Früher war der Westen ein Vorort von Berlin und der Tiergarten war reines Waldgebiet. Der Lustgarten vertrat die Stelle des heutigen Tiergartens. Erst als der Lustgarten zu einem Platz mit Monumentalbauten umgebaut wurde, trat der Tiergarten an seine Stelle. An Stelle des Westens trat Charlottenburg, das heute mit dem Berliner Westen so gut wie verwachsen ist, und an Stelle des Tiergartens trat damals der Grunewald. Die Entwicklung ging immer vor sich und an Stelle Charlottenburgs ist jetzt Potsdam getreten. Wie man früher nicht daran gedacht hat, den Tiergarten zu bebauen, darf man heute nicht daran denken, den Grunewald zu bebauen. Der Verstädtlichungsprozess ist der weitestgehende Prozess unseres Volkes, vor allem der gebildeten Kreise, ist es zu danken, daß ein Geschäft wie der Tempelhofer Feld überhaupt möglich war. Mit Recht hat man sich allgemein über den Status entzweit. Der Status muß doch dafür sorgen, daß die Willkürlichkeit abgehoben wird, und das Kriegsministerium bringt enorme Mittel auf, um das zu erreichen. Und nun macht man einen solchen Handel und zwingt die Erwerber des Tempelhofer Feldes geradezu zur mietsmäßigen Ausnutzung. Man verschlechtert damit auch die Wohnverhältnisse aller der Bewohner Berlin und in dem um das Tempelhofer Feld herumliegenden Stadtteilen. Das muß sagen, dieser Handel ist eine Kapitulation auf die Aufzucht von Staatswohl. (Sehr richtig!) Der Status hätte die Pflicht gehabt, das Tempelhofer Feld der Gemeinde Berlin zu seinem Erwerbspreis zur Verfügung zu stellen und zwar unter der Bedingung, daß die Stadt Berlin dort große Anlagen schaffen muß. (Lebhafte Zustimmung.) Das wäre im Interesse des Staatswohls gewesen. Die 72 Millionen, die der Status bekommen hat, werden in 3 Jahren in dem großen Loch verschwunden sein, aber die schlechten Wohnverhältnisse in jener Gegend haben wir für alle Zeiten. Warum beschleudert der Status nicht den Tiergarten? Dafür bekommt er noch mehr als 72 Millionen. Das Tempelhofer Feld war die einzige Fläche im Südwesten von Berlin, und da stellt sich der Status auf den Standpunkt der Ausschließung für Reizweide. Das für das Tempelhofer Feld gilt für alle um Großstädte herumliegenden Wälder. Für solche Wälder darf der Status nicht mehr verlangen, als sie fürwahr haben. Schon die nächste Generation wird ein Geschäft wie den Tempelhofer Handel als unmoralisch bezeichnen. Es ist unmoralisch, wenn die Vertreter der Allgemeinheit die Wälder um die Großstädte herum sich selber bezahnen lassen auf Grund einer Wertsteigerung, an der sie selbst gar keinen Anteil haben. Das muß in der Bevölkerung Unzufriedenheit und Erbitterung hervorrufen. Hier hat in einer großen Frage die Regierung verfaßt, und es muß auch gesagt werden, die Parlamente haben es an Verhandlungen fehlen lassen. Das sage ich auf die Gefahr hin, ihnen anwesenden Abgeordneten zu beleidigen. (Sehr richtig!) Statt in dorrinarem Parteigehässigkeit auszugehen, sollten unsere Parlamentarier sich in diese großen Fragen der Volksgesundheit vertiefen. Wenn der Reichstag seine Aufgabe richtig erfüllt, muß er dem Tempelhofer Handel seine Zustimmung verweigern und der Großstadt Berlin das Tempelhofer Feld zur Verfügung stellen. (Lebhafte Beifall.)

Hierzu bemerkte der Vorsitzende Dierschke: Wir haben zu diesen Verhandlungen auch einen Vertreter des preussischen Kriegsministeriums eingeladen. Wir haben daraufhin eine Antwort bekommen, die beweist, daß man an jener Stelle auch nicht das geringste Verständnis dafür hat, welche Bedeutung diese Frage für das Allgemeinwohl besitzt. Das Schreiben lautet:

„Auf das an Se. Excellenz den Kriegsminister gerichtete Schreiben erwidert das zuständige Departement erachtet: Die Verordnungen, die sich verlagern, zu der am 10. Oktober einberufenen Generalversammlung, in der die Bebauung des Tempelhofer Feldes berührt werden soll, einen offiziellen Vertreter zu entsenden. Wie durch die Tageszeitungen hinlänglich bekannt sein dürfte, ist der zur Bebauung bestimmte kleinere westliche Teil des Tempelhofer Feldes an die Gemeinde Tempelhof inzwischen verkauft worden. Ueber die Festlegung der Fluchtlinie auf diesem kleineren westlichen Teile des Tempelhofer Feldes, um dessen Festlegung es sich allein handelt, ist bereits ein Plan angefertigt worden, gemäß dem Gesetz von 1875. Das ordentliche Verfahren ist damit eingeleitet worden. Bei der Ausführung dieses Bau- und Fluchtlinienplans sind die Regeln des modernen Städtebaus in weitestem Umfang berücksichtigt worden.“ (Allseitige Beifall.)

Wir sehen hieraus, daß beim Kriegsminister die Frage nur so lag: Die Berlin, die Tempelhofer! Die Möglichkeit, das Tempelhofer Feld, wie es sich gezeichnet hätte, für öffentliche Zwecke herzugeben, ist anscheinend im Kriegsministerium überhaupt nicht erörtert worden. Sonst hätten wir eine derartige Antwort nicht bekommen können. (Zustimmung.) Auf einen weiteren Zwischenfall mit dem Abgeordneten Stroffer kommen wir morgen zurück.

Steuerermäßigung bei Arbeitslosigkeit. Das preussische Einkommensteuergesetz läßt Ermäßigungen der veranlagten Einkommensteuer bei eintretenden Unglücksfällen, zu denen auch Arbeitslosigkeit in Folge von Krankheit zu rechnen ist, zu, aber alle anderen Fälle von Arbeitslosigkeit berücksichtigt es nicht. Für diese kommen nur die gesetzlichen Bestimmungen für den Fall des Wegfalls einer Einnahmequelle in Betracht. Nach einer ungläublich weitverbreiteten und formalistischen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gilt aber für Arbeiter als Einnahmequelle nicht die Arbeitsgelegenheit, sondern die Arbeitskraft. Hiernach kommt für einen beschäftigungslosen Arbeiter noch nicht die Einnahmequelle in Betracht, wenn er vorübergehend aus seiner Arbeitskraft keine Einnahmen zieht. Auf Grund dieser unglücklichen Entscheidung wird der gesetzliche Anspruch auf Steuerermäßigungen bei Arbeitslosigkeit beseitigt. Die preussische Finanzverwaltung hat in diesem den Grundlag aufgestellt, daß die Steuer immer zu ermäßigen ist, wenn sich das Arbeitseinkommen durch längere Arbeitslosigkeit vermindert hat. Als Norm hierfür ist eine zehnprozentige, ununterbrochene Arbeitslosigkeit angenommen, durch die sich das Arbeitseinkommen um ein Fünftel des Jahresbetrages verringert. In diesen Fällen wird also grundsätzlich eine Steuerermäßigung zugesprochen.

Die Delegierten-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau (Land-)Neumarkt tagte am Sonntag Vormittag im Gewerkschaftshaus. Genosse Scholich bemerkte einleitend, daß die Versammlung umständlicher noch einmal Vormittags tagen müsse; er läßt darauf den schlechten Verlauf zurück. Sodann erhielt Genosse Böbe das Wort zur Berichterstattung über den Internationalen Kongress in Kopenhagen. Ueber den Vortrag, dem lebhafter Beifall zuteil wurde, ist feinerer aus der Breslauer Versammlung eingehend berichtet worden. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Nach Verlesung der Verlesungliste erstattete Genosse Scholich Bericht über den Wahrgang der Parteitag. Er betonte hauptsächlich, daß die Hoffnung unserer Gegner auf eine Spaltung der Partei trotz der scharfen Gegenlage, nicht eingetreten sei, die Partei müsse einig bleiben. Weiter berichtete er über die einzelnen Fragen, die den Parteitag beschäftigt haben und erbetete zum Schluß die Budgetfrage, bei welcher Gelegenheit er auch das Verhalten einiger Delegierter des Parteitag scharf kritisierte. In Bezug auf den Schnaps-Vorfall, den der Parteitag wieder erneuert, erklärte er, daß diesem Vorfall auf dem Lande mehr nachzukommen werde. Weiter erbetete er einen Bescheid. Nachlesende Resolution wurde sodann einstimmig angenommen.

Die Delegierten-Versammlung des Kreisvereins Breslau (Land-)Neumarkt zählte sich mit dem Beschluß des Parteitages einverstanden. In der Budgetfrage steht die Versammlung jedoch noch wie vor auf dem Standpunkt, daß sie eine Frage der Taktik sei. Trotzdem erwartete sie von allen Parteimitgliedern, daß sie sich den gestellten Beschlüssen, auch wenn sie damit nicht einverstanden sind, unterwerfen. Der Vorsitzende behauptet die Annahme des Antrages Hubert-Gaase, der keine praktische Bedeutung hat, da das Organisationsstatut alle Fälle des Ausschlusses aus der Partei entsprechend regelt.

Eine Diskussion fand nicht statt. Genosse Crowl verließ hierauf den Ort der Versammlung der Distrikte, denn die Versammlung auch zustimmte. Genosse Scholich erklärte die Beschlüsse anzunehmen, die von den Distriktsführern nicht belagt werden können, und bittet, daß die Reden, die an den nächsten Sonntagen zur Verteilung kommen sollen, im Bureau bald abgeholt werden. Einem Wunsch, die fehlenden Delegierten in der Volkswacht zu veröffentlichen, wurde nicht entsprochen, sondern bemerkt, daß man der Sache am besten abheile, indem man laue Genossen nicht erst wählt. Außerdem besitzt Genosse Scholich, daß jede Versammlung leicht besucht sei. Von vertriebenen Rednern wurde das geringe Entgegenkommen der Volkswachtredaktion gegenüber dem Landkreis scharf kritisiert, das umso mehr bedauerlich sei, da doch der Landkreis ein ziemlich reichhaltiges Kontingent von Lesern stelle. Der Rednermangel für den Landkreis wurde gleichfalls sehr beklagt. Hiernach erreichte die Versammlung ihren Schluß. (Die Beschlüsse der Landkreise-Genossen bezieht sich auf die Versammlungsanbahnungen, dabei zeigt ein Blick auf unseren Vereinskalender, daß wir die Versammlungsanbahnungen bald einrichten. R. d. „B.“)

Gegen die Schulbuchfabrikanten, die zur Behebung des Geschäfts darauf dringen, daß in den Händen der lernenden Jugend nur immer die neuesten Auflagen sind, haben sich die deutschen Buchhändler jetzt endlich zur Wehr gesetzt. Viele dieser Schulbuchfabrikanten treffen mit kühler und raffiniertester Berechnung an jeder neuen Auflage geringfügige Änderungen, nur damit die Auflage als verändert und „verbessert“ ausgegeben werden und ihre Anschaffung als unbedingt notwendig vorgeschrieben werden kann. Das Geschäft „Bücherei“ ja dabei natürlich, aber für den Buchhändler und, was ebenso wichtig ist, für die Eltern schulpflichtiger Kinder, ergeben sich aus diesen Geschäftspraktiken vieler Schulbuchfabrikanten und Auflagen-Veränderer schwere Lasten. Die Bücher der vorhergehenden Auflage müssen ohne jeden stichhaltigen Grund weggeworfen und immer neue Schulbücher müssen mit schwerem Gelde gekauft werden. Gegen diesen großen Unfug hat der Vorstand des Vorvereins deutscher Buchhändler zu Leipzig im Mai d. J. an die zuständigen Ministerien der deutschen Bundesstaaten eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wurde, daß bei der Benutzung von Schulbüchern vielfach von den Lehr- und Schulbehörden mit großer Strenge darauf gehalten werde, daß von den Schülern nur die allerneuesten Auflagen der eingeführten Lehr- und Schulbücher benutzt werden. Der Vorstand des Vorvereins glaubt, daß die Durchführung dieser Grundzüge im einzelnen vielfach ohne nennenswerte Ungünstigkeiten für den Unterricht gemindert werden könne, da es zu einer erheblichen Schwächung des Buchhandels führe, wenn die Benutzung nur der neuen Auflagen rigoros verlangt werde, denn eine große Anzahl von Schulbüchern bleibe dann unberücksichtigt liegen. Aus den Antworten der Ministerien, die bisher eingegangen sind, ist, wie man aus Leipzig erfährt, zu entnehmen, daß alle Ministerien den in der Eingabe ausgesprochenen Wünschen in vollem Umfang Folge gegeben und an die ihnen nachgeordneten Behörden entsprechende Verfügungen erlassen haben. — Offenbar bleiben diese Verfügungen, wie so viele andere, nicht auf dem Papier stehen, damit die Eltern schulpflichtiger Kinder vor immer wiederkehrenden unbilligen Ausgaben bewahrt bleiben. Gerade für die minderbemittelte Bevölkerung bedeutet die ewige Anschaffung neuer Schulbücher eine schwere Last. Deshalb treten wir ja auch für eine unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel ein. Staat und Gemeinde würden um der eigenen Sparsamkeit willen dem Unfug steter Neuaufgaben dann schon ein Ende machen. Uebrigens könnte die Schule dagegen auch heute schon einhämmern wirken, wenn sie nicht stets in jedem neuen Lehrbuch einen Fortschritt der Kultur sähe. Wir finden, daß viele alte Bücher dem kindlichen Gemüt weit mehr angepaßt sind, als die modernen.

Von der Militärjustiz. Nach einer Statistik rechtskräftig erledigter Untersuchungen wegen Zornüberhandlung gegen militärische und bürgerliche Strafgefangene von 1908 sind im letzten schlesischen Armeekorps bezüglich 724 strafbarer Handlungen Untersuchungen rechtskräftig geworden. Davon erfolgte in 646 Fällen Verurteilung, in 70 Fällen Freisprechung und in 8 Fällen Einstellung des Verfahrens. Von den strafbaren Handlungen wurden beantragt von einem Beamten 619, von mehreren Beamten 28, Angeklagt überhaupt waren 778 Personen, wovon 684 verurteilt und 81 freigesprochen wurden. Gegen elf Beschuldigte wurde das Verfahren wieder eingestellt. Es ist erkannt worden auf 343 Haftstrafen von fünf bis mehr Jahren gegen 4 Angeklagte, auf Gefängnis von zwei bis mehr Jahren 9, von ein bis zwei Jahren 18, von drei bis zwölf Monaten gegen 93, von einem bis drei Monaten gegen 82, von acht bis dreißig Tagen gegen 63 und unter acht Tagen gegen 33 Angeklagte. Festungshaft wurde gegen 6 Angeklagte angedroht; fünf gegen 3 Angeklagte, strenger Arrest gegen 152, Mittelarrest gegen 88, einfacher Arrest gegen 5 und Geldstrafen gegen 91. Daneben ist erkannt worden auf Dienstentlassung bei einem Angeklagten, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bei 7, Polizeiaufsicht bei 1, Entfernung aus dem Beere bei 4, auf Degradation bei 4 Verurteilten, Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes bei 77 Angeklagten. In 24 Fällen wurden 41 Devisen.

Die strafbaren Handlungen betreffen Fahnenraub in 16 Fällen, Abstreifen der Uniform in 16, Ungehorsam in 49, Weigerung in 11, tätlichen Angriff gegen Vorgesetzte in 5 Fällen, Beleidigung und nachtheiliger Botschaft Untergeben in 6, Soldatenwiderstand in 16, Diebstahl in 58 Fällen, militärischer Raub in 1 Falle.

Aus den Markthallen. Gegenwärtig ist die Schütte der Herbstpreise beherren. Große Rörbe und Risten sind in den Hallen ausgelegt. Es werden fast nur Getreidearten angeboten, die bedeutend ausgiebiger sind als die schwedischen. Leider sind und bleiben sie teuer; ganz rabulose Ware kostet 1,30 bis 1,40 Mark, ungelagerte 1,10 Mark pro Maß. Die Nachfrage ist groß, so daß schwierig eine Preisermäßigung eintreten wird. In den letzten Tagen wurden an

ihren Ständen noch Brombeeren von rabulose, weisshäutiger Natur angeboten. Der Pflanzmarkt war jetzt recht kräftig ausgefallen, in den letzten Tagen wurden jedoch wieder größere Mengen angeboten. Steinpilze fehlen, Kalbschmalz waren für 30 bis 35 Pfennig zu haben, Koteletts sind recht teuer geworden, das Pfund ist bereits auf 30 Pfennig gestiegen. Grünreißer sind etwas billiger, dafür aber sehr mäßig; 30 Pfennig kostet das Pfund. Butterpilze sind noch reichlich vertreten und kosten nur 20 bis 25 Pfennig.

Auf dem Gemüsemarkt tut sich der Blumenkohl hervor, der außerordentlich schön und gegenwärtig sehr preiswert ist. Wunderbar feste Rosen erhält man schon für 15 bis 30 Pfennig, lockere Ware ist noch viel billiger und ist sehr gut als Gemüße zu verwenden. Junge Schmittbohnen waren reichlicher vertreten und um einige Pfennige billiger als in der Vorwoche, man gab 20 Pfennig für das Pfund. Spinat kam 10 bis 15 Pfennig im Pfund. Ganz junge Karotten und Mörrüben werden auch noch angepriesen, das Bündchen kostet nur 4 Pfennig. Leider fehlen die Schoten dazu, die gänzlich verschwunden sind. Aber man kann sich durch Rosen helfen. Erdrüben, schwarze Rettiche und Wasserkräuter bringen die Landleute in größeren Mengen heran und werden billig abgegeben. Gute Speisekartoffeln sind schwer zu finden, der Zentner kostet 2,60 bis 2,80 Mark.

Fast täglich steigert sich auf dem Fleischmarkt als auch in den Hallen das Angebot von Dauerfleisch. Rindfleisch, die sich zu Mus am besten eignen, kommen 10 bis 15 Pfennig im Pfund, Steinkühe, Metetten, Gemüßzäpfel und Grabensteiner müssen teurer bezahlt werden. Gute Winterblanchen werden ebenfalls angeboten, allerdings kostet das Pfund 30 bis 40 Pfennig. Letztere zu haben bleiben teuer, das Pfund bleibt auf 35 bis 40 Pfennig stehen. Frische Kräfte werden schon seltener, man hält sie für den Weihnachtsmarkt zurück.

Der Geflügelmarkt war nur mäßig beschickt, so daß die Händler auf Preise halten. Mit Beginn der Jagd haben Wildprethändler wieder ihre Stände ausgeschlagen und bieten in allen Preislagen ihre Ware aus. Im Vergleich zu den hohen Fleischpreisen ist der Preis verhältnismäßig billig. Ein Kalkhase kostet 3,50 Mark, große Hinterläufe 1,40 bis 1,60 Mark, kleine sind schon von 1 Mark an zu haben. Kalberrücken kosten auch 1,50 bis 1,80 Mark. Vorberäufte das Paar 50 Pfennig. Selbstverständlich sind diese einzelnen Stücke fertig für die Küche, gehäutet und gespickt. Hasen haben 1,30 bis 1,50 Mark abgegeben, Schöne kamen 2 bis 2,50 Mark. Die Preise für dieses Geflügel werden dieses Jahr als ganz besonders billig bezeichnet. Leider kommen solche Lederbissen für die Allgemeinheit gar nicht in Betracht.

Seefische werden ununterbrochen sehr billig abgegeben. Hohlbarsch kommt nur 16 Pfennig, kleine Seelische 18 Pfennig, Seelachs 19 Pfennig das Pfund. Kuckucke sind wieder in größerer Auswahl vorhanden, allerdings zu hohen Preisen. Frische Eier werden schon jetzt mit 8 und 9 Pfennig pro Stück verkauft. Die Mandel kostet 1,10 bis 1,30 Mark. Kisteneier kosten auch 1 Mark.

Die Blumenstände prunken noch immer mit schönen Herbstblumen, Christentemen, Weichen und kleine Winterastern stellen noch das Hauptangebot. Aber auch getrocknete Stierdäcker füllen die Stände und finden reichlichen Absatz.

Das Programm der politischen Parteien Deutschlands. Der Verein Frauenwohl veranstaltet einen Zyklus von sechs Vorträgen über die Programme der politischen Parteien, deren erster am Mittwoch, den 19. Oktober, in der Aula des Magdalenen-Gymnasiums stattfindet und um 8 1/2 Uhr Abends beginnt. Landtagsabgeordneter Dr. Wagner wird über die Freikonservative Partei sprechen. An den Vorträgen soll sich eine Diskussion schließen, an der Männer und Frauen aller Parteirichtungen geladen sind. Eintrittskarten für den ganzen Zyklus sind zum Preise von 2 Mk. (Mitglieder 1 Mk.) bei Bezug u. Zinger, Rinz 52, zu haben. Der Reingewinn ist für Wohlfahrtsanstalten bestimmt.

Der Tierchutzverein hielt am Freitag im „Rauhmännchen“ eine Versammlung ab. Der Vorsitzende, Kreisarzt Becker, eröffnete sie mit geschäftlichen Mitteilungen und wählte dem verstorbenen Vorstandsmittglied Schartmann, der 26 Jahre tren die Sache des Tierchutzvereins fürbete, einen warmen Nachruf. Verschiedene Angaben von Tierquälereien liegen vor und sind der Polizei übergeben worden. Mit dem in Breslau erschienenen Buch: „Das Sklaventleben der unglücklich bestraften Vögel in der Gefangenschaft“ erklärte sich der Verein in seiner Weise einverstanden. Verschieden wurde in Sachen der kritischen Gesellschaft von dem Legationsrat v. Ehrenstein in Dresden (22000 Mk.) nicht Verzicht zu leisten, sondern es auf eine Klage des schlesischen Festungsanwaltes zu lassen, eventuell einem angemessenen Vergleich zuzustimmen. Lehrer Böhm hielt dann einen längeren, sehr interessanten Vortrag mit Lichtbildern über „Erichtungen von Naturforschungsparke in Deutschland“. Diese Bewegung ist nennenswert in Deutschland erachtet und hat sich überall zu großer Kraft entfaltet. Das 60 jährige Stiftungsfest wird in festlicher Art im Januar gefeiert.

Ein großer Einbruchdiebstahl. In das Herren- und Knabengarderegiment von Wod, Friedrich-Wilhelmstraße 84, sind in der Nacht zu Sonnabend Diebe eingebrochen, die ihr Verbrechen mit solcher Sicherheit und Geheiß ausgeführt haben, daß man auf die Tat einer gewerkschaftlichen Einbrecherbande schließen muß. Sie ist in der Zeit zwischen 10 und 10 1/2 Uhr, also zwischen den Reispunkten, wo der Wächter der Schlüsselwirtschaft seine Hausrevisionen vornimmt, mittels Nachschlüssel zugeht in den Hausflur und von dort in den Ladenraum gelangt. Hier haben sie, da die Rolläden geschlossen waren, ruhig Licht angezündet und zunächst die Tageskasse, in der 129 Mk. vorhanden waren, ausgeräumt; sodann haben die Diebe sich die besten Waren im Werte von 500—600 Mk. zusammengelesen und in Kartons verpackt. Auch aus dem Schanzenkeller nahmen sie den wertvollsten Anzug, desgleichen hielten sie einer neuen teuren Winterüberzieher des Ladeninhabers mitgehen, nachdem sie zuvor die Taschen durchsucht und 25 darin vorgefundene lose Pfennige sowie eine Straßendampfbatterie, auf den Namen des Ladeninhabers lautend, hübsch auf den Ladentisch niedergelegt hatten. Sie sind dann auf demselben Wege verschwunden, auf dem sie gekommen waren, niemand hat sie bemerkt und es fehlt bisher von ihnen jede Spur. Der Ladenbesitzer hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 80 Mk. angesetzt.

Zwei Fahrradräuber gefaßt. Am 13. ds. Mts. wurde ein Dieb von der Trebnitzer Gasse, der ein Fahrrad auf dem Heberfeldplatz verladen wollte, festgenommen. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, daß der Mann das Fahrrad am 10. ds. Mts. in den Abendstunden aus dem Hausflur einer Gastwirtschaft in Hundsfeld einem Himmermann aus Sacrau gestohlen hatte. Bei dem Festgenommenen, der wiederholt wegen Diebstahls verurteilt ist, wurde ein Pfandbucheintrag über einen verstorbenen Stiefvater vorgefunden. Der Stiefvater, dessen Eigentümer unbekannt ist, ist ein schwarzer Seide, hat gelbe Perle und am Griff einen silbernen Adlerkopf mit Glasaugen. Anherbeim wurden bei Durchsuchung der Wohnung des Diebes eine Fahrradglocke mit der Aufschrift: „Richard Scholz, Juliusburg“ und andere Fahrradteile vorgefunden, sodas vermutet werden muß, daß der Festgenommene ein gewerkschaftlicher Fahrradieb war, der gestohlene Fahrräder anderweitig veräußert hat. — Desgleichen wurde am 15. ds. Mts. ein Arbeiter festgenommen, der am 13. ds. Mts. ein Fahrrad, Marke Peros, aus dem Hausflur der Gastwirtschaft von Wüller in Goldschmieden gestohlen hat. Der Eigentümer dieses beschlagnahmten Rades, ebenso Personen, die von dem Dieb das Fahrrad gekauft, in Verhaft oder in Verwahrung genommen, wollen sich alsbald im Polizeipräsidium Zimmer 61 melden.

Mitbürger! Bitte, werkt auf öffentlichen Plätzen, Straßen und Gartenanlagen keine Papiere und Schalen fort. Steuerzahler bewilligt nur zur Selbstentlastung und heißt mitwirken, daß Breslau ein sauberere Stadt wird.

Der erste Frauen-Abend.

Seitdem der Sozialdemokratische Verein Breslau auch Frauen und Mädchen zu seinen Mitgliedern zählt, ist von ihnen mehr als einmal verlangt worden, einen besonderen Abend einzurichten, damit die Aufklärungsarbeit gründlich verrichtet werden kann.

In der Mitglieder-Versammlung, die der Sozialdemokratische Verein heute Montag im Gewerkschaftshause abhält, werden die Delegierten über den Magdeburger Parteitag berichten.

Die liberalen Bezirksvereine der Inneren Stadt und Döbler Vorstadt haben in gemeinsamer Sitzung folgende Kandidaten für den 11. Bezirk, 3. Abteilung (Innere Stadt) nominiert: Gewerkschaftssekretär Richard Krenner und Schneidermeister Johann Wählerländer.

Es fehlen jetzt nur noch die liberalen Kandidaten für den 14. und 18. Bezirk (Nikolaus- und Obervorstadt) und die konservativen Kandidaten für den 14. Bezirk.

Zur Landtags-Abgeordneten-Erwahlwahl in Breslau. Die zur Vornahme der Ergänzungswahl für die letzten am 3. Juni 1908 gemachten Wahlmänner, welche inzwischen durch Tod, Beurlaubung aus dem Wahlbezirk oder auf sonstige Weise ausgeschieden sind, neu aufgestellten Urwählerlisten herangezogenen Wähler, in denen solche Veränderungen vorgekommen sind, werden vom Magistrat am 22., 23. und 24. Oktober im städtischen Grundbuch, Zwingerstraße 14, parterre, rechts (Feuerwehrturm) öffentlich ausgesetzt, und zwar am 22. und 24. Oktober von Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 1 Uhr und Nachmittags von 3 bis 8 Uhr, und am 23. Oktober (Sonntag) von Vormittags 11 Uhr bis Nachmittags 1 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

Demokratischer Verband für Schlesien. Der gestern, Sonntag, von der Demokratischen Vereinigung veranstaltete erste schlesische Delegiertentag beschloß die Gründung eines „Demokratischen Verbandes für Schlesien.“ Als Vorort wurde Breslau gewählt.

Drei neue Bauden sollen auf dem Ringe errichtet werden und zwar von der Stadt, die bisher die alten Bauden weggerissen hat. Der eigentliche Vorschlag findet in folgendem Magistrats-Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung seine Veranlassung: Seit Aufhebung des Wochenmarktes werden die bestehenden Ringbauten mehr und mehr von den Obst- und Gemüsehändlern genützt, die früher offene Verkaufsplätze auf dem Ringe inne hatten.

Da durch den Erlaß von Strafverfügungen, die in großer Zahl von und beantragt worden sind, Abhilfe nicht geschaffen worden ist, der Wert der Bauden andererseits durch die Vergrößerung des Nutzaumes erheblich gesteigert und der im Verkehrsinteresse beschlossene Anlauf dadurch noch weiter erschwert wird, wollen wir an den im beiliegenden Lageplane rot bezeichneten Stellen Bauden errichten.

Die neuen Bauden werden wieder beseitigt werden, sobald die angrenzenden Bauden in den Besitz der Stadtgemeinde übergeben oder das Verkehrsinteresse es erfordern sollte. Bis dahin werden die Bauden durch Vermietung nutzen.

Verammlung für Techniker und Angestellte. Die Angestelltenbewegung, die entsprechend dem Anwachsen dieses Standes täglich an Bedeutung für unser politisches Leben zunimmt, beschäftigt sich zur Zeit eingehend mit den Vorschlägen, die der Minister für Handel und Gewerbe zur Konkurrenzklavier gemacht hat.

Polzarbeiter-Verband. Mittwoch, den 19. Oktober, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Generalversammlung. Tagesordnung: Geschäfts- und Kasienbericht vom 3. Quartal 1910, Durchsicht der Beschlüsse des Verbandstages bezw. der Gehaltsfrage, Anträge und Verschiedenes.

Achtung, Theaterarbeiter! Dienstag, den 18. Oktober, Abends 11 Uhr: Versammlung in den „Drei Tauben“, Hammer-Vortrag des Koll. Schäfer-Berlin vom Hauptvorstande.

Selbstmord eines Schuhmanns. Der Klosterstraße 80/82 wohnhafte Schuhmann M. Kühnert hat sich in der Nacht zu Sonntag in seiner Wohnung erhängt; seine von einem Bekannten heimlich entdeckte Leiche fand ihn dort tot vor.

Vermisst wird seit mehreren Tagen der 18 Jahre alte Handlungsgehilfe Hugo Dickmann aus Essen, der vermutlich nach Schlesien bezw. Breslau fortgereist ist.

In der Ober ertrunken ist am 15. d. Mts. ein etwa 30 Jahre alter, besser gekleideter Mann, der um etwa 2 1/2 Uhr Nachmittags von der Universitätsbrücke zwischen Burg- und Werderstraße in den Fluß sprang und trotz mehrfacher Rettungsversuche mittels Ringes und Bootes unterging und nicht wieder zum Vorschein kam.

Ein Mannschüttenknopf in der Wurst. In unserer Wurst in der vorigen Woche, manach auf der Heinrichstraße ein inneres Mädchen fast erstickt wäre, da ein Mannschüttenknopf in der Wurst gewesen sei, schreibt uns Herr Wurstfabrikant Julius Krole von der Heinrichstraße, die Wurst habe den Anschein erweckt, können, daß die Wurst aus seinem Geschäft kamme. Gegen eine solche Annahme aber lege er Verwahrung ein.

Neueste Nachrichten.

Wellmanns Flug über den Ozean.

London, 17. September. Trotz der hier eingelaufenen und sehr beruhigend klingenden Meldungen über den erfolgreichen Beginn der letzten Luftreise Wellmanns hegt man in Amerika die schwersten Besorgnisse für das Schicksal der Luftfahrer, denn man erfährt durch einen vom Weltbureau in Washington telegraphierten Bericht, daß der Dr. Lan, der in diesen Tagen Washington heimlich, und der namentlich in Cuba große Verwüstungen anrichtete, seinen Pfad abgeändert hat und sehr mit rasender Geschwindigkeit an der Küste von Amerika hinaufkommt.

New York, 17. September. Gestern um 11 Uhr Vormittags lief in Atlantic City ein an Wellmanns Frau gerichtetes drahtloses Telegramm folgenden Inhalts ein. Wir befinden uns an der Küste von Kansas und machen gute Fortschritte. Alles wohl. Die Luftfüllungsluft dieser drahtlosen Depesche meldet, daß man mit dem Ballon ständig Fühlung habe und fortgesetzt Verbindung unterhalte.

New York, 17. Oktober. Wellmann brachte gestern Nachmittag um 2 Uhr: Unterwegs kreuzten vor dem Dampfer „Atlantia.“ — Das hiesige Wetterbureau sandte Wellmann eine Sturmwarnung nach.

New York, 17. Oktober. Der kühne Aviatiker Wellmann sandte gestern Abend gegen 11 Uhr folgendes Telegramm nach New York: Motore arbeiten gut. Wir fahren nach Nordosten mit 25 Meilen Stundenengeschwindigkeit. Alles gut. Telegraphie ohne Draht nicht mehr möglich. Die Dynamomaschine funktioniert nicht mehr. Nebel sehr dicht. Wir sehen nichts. Wellmann. Eine später eingegangene Depesche besagt: Der Stabilisator erschüttert den Ballon, als ob er von Woge zu Woge spränge. Der Ballon hat jedoch noch keinen Schaden erlitten. Nebel sehr dicht.

Ende des Pariser Eisenbahnstreiks. Paris, 17. Oktober. (S. T. O.) Nach einer offiziellen Pressenote kann der Streik als beendet angesehen werden. Auf der Nordbahn und auf der staatlichen Westbahn wurde der Dienst in größerem Umfang wieder aufgenommen. Auf den anderen Linien ist der Dienst ebenfalls wieder normal.

Paris, 17. Oktober. Sonnabend früh wurde in einem Zuge der Ostbahn eine Bombe gefunden und zwar in der Nähe der Station Reuilly, die mit einer langen Zündschnur versehen war. Die Bombe enthielt 850 Gramm Dynamit. — Heute Morgen, gegen 1 Uhr 15 Minuten wurde in dem Quartier im Boulevard Perreire die Einwohnerhaft durch eine furchtbare Explosion aus dem Schlafe geweckt.

Ferrer-Demonstrationen. Rom, 17. Oktober. 50.000 Personen sind gestern mit den Deputationen aller liberalen politischen Vereine vom Tormentaplatz nach dem Denkmal Giordani Brunos auf dem Campo di Fiori gezogen, um das Andenken des im Vorjahre in Bologna erschossenen Begründers der Freien Schule Francesco Ferrer zu ehren.

Prag, 18. Oktober. Die Ferrer-Feiern, die von der deutschen und der tschechischen Prager Sektion des Freidenkerbundes für den heutigen Tag geplant war, ist verboten worden.

Die Revolution in Portugal. Lissabon, 16. Oktober. Morgen werden Ferrer veröffentlicht werden, durch welche die Proklamierung, der Staatsrat und die Adelskammer abgesetzt, die Dynastie Praganza verbannt und die Wohltätigkeitsanstalten verstaatlicht werden.

Wahltag der Arbeiterpartei in Neu-Südwales. Sydney, 15. Oktober. Bei den Wahlen in Neu-Südwales wurden 46 Anhänger der Arbeiterpartei und 44 Liberale gewählt.

Versammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus. Montag, den 17. Oktober: Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Väterausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Dienstag, den 18. Oktober: Manerz. Versammlung im Saal. Dräger und Gürtler. Versammlung im Billardzimmer. Schloffer. Versammlung Zimmer 1, in beiden Räumen. Fröhlich. Zimmer 2. Steinfecker. Versammlung Zimmer 3 4. Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Zimmer 5. Mittwoch, den 19. Oktober: Holzarbeiter. Versammlung im Saal. Schmiede. Versammlung im Billard-Zimmer. Arbeiter-Redaktion. Zimmer 1. Schneider. Versammlung Zimmer 2. Textilarbeiter. Versammlung Zimmer 5. Steinographen. (System Krenn). Zimmer 7. Donnerstag, den 20. Oktober: Bauarbeiter. Versammlung im Saal. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Väterausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Sozialdemokratischer Verein Breslau. Saal Nr. 5. (Regie Parille, Arbeiter, Arbeiter und Arbeiter). Donnerstag, den 20. Oktober, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Michel in Badstube. Tagesordnung: „Das Unfallversicherungsgesetz“. Referent: Redakteur August Ball. Genossinnen und Genossen, agieren für die Arbeiter.

Wieschberg, 17. Oktober. Weil er befohlen wurde. Stadtschreiber Hermann Wobst in Pangenau, welchem vor einigen Tagen 300 Mark gestohlen wurden, während er mit seiner Familie auf dem Felde beschäftigt war, hat sich aus Gram über den Verlust erschossen.

Neumarkt i. Schl., 18. Oktober. Wie der „Anzeiger für Neumarkt“ über das Redewort des Grafen Vahlisch berichtet:

„Eine öffentliche sozialdemokratische Volksversammlung, die am vergangenen Sonntag Nachmittags im Saale zum „Gelben Wurm“ abgehalten werden sollte, wurde von der Polizei aufgelöst, weil ein Ausländer, ein Amerikaner namens Vahlisch, einen Vortrag halten wollte, dies von der Polizei nicht gestattet.“

Die öffentliche Versammlung, in der Genosse Vahlisch sprechen wollte, wurde nicht von der Polizei aufgelöst, sondern von Volksgenossen geschlossen. Dagegen wurde die nachträglich einberufene Vahlischer-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins polizeilich aufgelöst, obwohl kein berechtigter Grund dazu vorlag.

Goldberg, 16. Oktober. Was alles helfen soll, das soll vor der Auflösung zu bewahren. Am Sonntag land im äußersten Winkel unseres Wahlkreises auf dem Gartengrundstück des Feldermeisters Seidlich in Probokahn die erste sozialdemokratische Volksversammlung statt, die trotz des regnerischen und kalten Wetters immerhin noch von ca. 70 Personen besucht war. Der Amtsvorsteher (ein Gutsherr) hatte zwei Tage vorher einen Seiten von Haus zu Haus geben lassen, worauf der Einwohner nicht uninteressiert war, daß sie bis zum 12. Oktober mit einem in diesen Generalplan zu rechnen hätten. Der Vorsteher des Grundstücks, wo die Versammlung tagte, wählte aber schon am Sonntag Vermittlung, daß der Mann zur selben Stunde, wo die Versammlung tagte, angelegt war. Der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Dietrich-Breslau, referierte über das Thema: „Recht und Geld für den Bauern, mehr Steuern für das Volk“. Die meisten aus Landarbeitern und Kleinbauern sowie einigen Frauen bestehenden Häuflein lauschten der Rede mit höchstem Interesse. Als der Redner ungefähr eine Stunde gesprochen, erlöschten die Larmsignale zum Feuer. Die Versammlungsbildner standen aber wie festgebunden und so konnte Genosse Dietrich, nachdem er auch dieses Mittel, um die Versammlung zu verzerren, gebührend beleuchtet hatte, seinen wirkungsvollen Vortrag beenden. Reichert-Breslau lobte seine treffenden Ausführungen. Da sich Genosse von weitaus mehrerer Aufforderung nicht mehr, schloß Genosse Seidlich Goldberg mit dem Wunsche, das Gedächtnis zu beehren und in diesem Sinne zu wirken, die Versammlung. Einige Versammlungsteilnehmer verabredeten sich vom Genossen Dietrich mit dem Wunsche, doch baldmöglichst einmal wiederzukommen, denn ein Licht ist und aufzugehen, das selbe wird sich in unierten Köpfen zur hellen Flamme entwickeln, und die den nächsten Reichstagswahlen wird der Herr Gutsherr sich verpflichtet zu fühlen, dieses Feuer mitsamt seinen Sprengstoff zu erlöchen.

Reife, 16. Oktober. Katholischer Facharbeiter und freigeorganisierter Arbeiter vor Gericht. Das Verhalten der katholischen Facharbeiter bei der letzten Bauarbeiterausperrung hatte selbstverständlich den Unwillen jedes anständigen Menschen erregt. Dies führte zu Zusammenstößen zwischen den freigeorganisierten Maurern Seidel und Purtsch mit dem katholischen Facharbeiter Rieger, die zu einer Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht führten. Die beiden ersteren sollen den katholischen Facharbeiter einen „Lumpen“ und „Schweinskopf“ gegeben haben. Die erste Anklage betraf Seidel und Purtsch. Dagegen geben sie die Anklage „Schweinskopf“ zu, da dies dessen Spitzname sei und nichts Verleideliches enthalte. Der Facharbeiter Rieger aber habe den Purtsch auf der Straße beim Zusammenstöße mit einem Stein mehrmals über den Kopf geschlagen. Insofern letzterer blutete. Dafür sollte sich nun Rieger gleichfalls vor dem Schöffengericht verantworten. Dasselbe hatte als Sachverständigen den Maurermeister Anders geladen, der darüber Auskunft geben sollte, ob Streit oder Ausperrung vorgelegen habe und ob § 153 der Gewerbeordnung in Anwendung zu bringen sei. Es dürfte jedoch diesem kaum gelingen sein, eine klare Darstellung des Sachverhalts der Ausperrung zu geben. Die Ausperrung sei nur wegen Nichtanerkennung eines Vertragsverhältnisses über ganz Putschland von den Zentralverbänden erfolgt, und nicht wegen besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dazu wären die Arbeitgeber bereit gewesen. Die Facharbeiter seien, weil sie sich ausdrücklich mit dem Mustertarif einverstanden erklärten, deshalb bald wieder eingestellt worden. Auch von auswärtig hätten sich genug Arbeitswillige gemeldet, die aber von den Zentralverbänden auf dem Bahnhof gleich empfangen und abgeholt wurden. Das Gericht kam deshalb zu der Ansicht, daß es sich um Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gehandelt habe. Erhöhter keiner der drei Zeugen die Anklage „Lumpen“ gehört hatte, aber alle gesehen hatten, wie Rieger den Purtsch blutig geschlagen.

beantragte der Staatsanwalt für Seidel wegen Mittäglichkeit drei Wochen Gefängnis, für Purtsch wegen Ungehorsamer Beleidigung zwei Wochen Gefängnis, und für Rieger wegen Körperverletzung nur 30 M. Geldstrafe. Umsonst war der Hinweis des Verteidigers von Seidel und Purtsch, daß für seine Klienten der § 153 nicht anwendbar sei und die Beleidigung des Richters gegenüber der Körperverletzung so geringfügig sei, daß höchstens eine kleine Geldstrafe in Frage kommen könne. Der Gerichtshof verurteilte die Zentralverbände Seidel und Purtsch zu einer Woche Gefängnis, und den Facharbeiter Rieger zu nur 20 Mark Geldstrafe.

Wir hoffen, daß dieses Urteil von der nächsten Instanz einer Korrektur unterzogen wird. Denn wir können nicht annehmen, daß jemand für eine gewöhnliche Beleidigung mit Gefängnis, der andere für eine rohe Tat nur zu Geldstrafe verurteilt wird.

Glaz, 16. Oktober. Verdrüßliche Städtefest und. Ein überaus lehrreichen Beitrag zu dem Thema der beherrschenden Städtefreundschaft lieferte ein Verwaltungsrechtler, der am Donnerstag vor dem Breslauer Bezirksausgang verhandelt wurde. Nach der Breslauer Morgen-„Reitung“ ist die städtische Verwaltung der Festung Glaz seit längerem in Verlegenheit, eine zeitgemäße und dem Verkehr entsprechende Erweiterung des Frankenstein-Tores durchzuführen. Die jetzige Breite des Tores beträgt noch nicht zwei und einen halben Meter, und durch diese enge Passage muß sich der gesamte Verkehr drängen, wenn er nicht vorzieht, auf einem weiten Umwege in die Stadt oder nach seinem auswärtigen Ziele zu gelangen. Die Frankenstein-Straße aber, die zurzeit neu hergerichtet und verbreitert werden soll, bildet die überaus frequente Verbindung zwischen Glaz und der ebenso wohlhabenden wie betriebssamen Stadtgemeinde, nach der sie den Namen führt. Und anfangs entwickelte sich die Angelegenheit auch ganz friedlich und aussichtsvoll. Man erkannte behördlichseits das Bedürfnis an und die Fortifikationsverwaltung erklärte, daß sie gegen eine Erweiterung der Durchfahrt auf 7 Meter nichts einzuwenden habe. Sofort aber bekam die Sache ein anderes Gesicht, als die Kostenfrage zur Erörterung gelangte. Der Reichskanzler darf die Kosten für solche Arbeiten nur bewilligen, wenn eine zwingende Notwendigkeit für diese vorliegt. Und diese zwingende Notwendigkeit wurde von der Glazer Kommandantur auf Grund einer sechsseitigen Verkehrs-enquete am Frankenstein-Tor verneint. Nunmehr versuchte der Glazer Bürgermeister auf anderem Wege zum Ziele zu gelangen, er erließ als Chef der Polizeiverwaltung eine irreführende Verfügung, daß die Durchfahrt beim Frankenstein-Tor binnen einer bestimmten Frist auf sieben Meter zu verbreitert sei. Da kam er aber bei der Kommandantur schlecht an, diese bestritt ihm, dem Chef der Polizei, das Recht, der Festungsverwaltung Vorschriften zu machen, und fragte auf Aufhebung der Polizeiverfügung. Umsonst wurden die guten Gründe des öffentlichen Interesses von dem Bürgermeister mobil gemacht, umsonst wurde auf die Gutachten des Landrats und des Oberpräsidenten hingewiesen, die seinerzeit die Verbreiterung des fraglichen Tores bekräftigt hatten, umsonst wurde an die frühere wohlwollende Haltung der Militärbehörde erinnert, es half alles nichts. Der Militärchef konnte sich auf alle verfügbaren Verfügungen und Rechtsmittel berufen, die aus einer Zeit stammen, in der man freilich von den Bedürfnissen der jetzigen Gegenwart keine Ahnung haben konnte, und so mußte der Bezirksausgang im Sinne der Kommandantur erkennen. Das Frankenstein-Tor in Glaz bleibt also bis auf weiteres so eng, wie es ist, und der Verkehr kann sehen, wie er sich mit diesem traurigen Zustande abfindet.

Dies ist die Lebenswürdigkeit, das ist das Verständnis, mit dem die Behörden, allen voran die militärischen, den öffentlichen Interessen der Städte begegnen. Wir hoffen noch einmal kurz die Enblumen des Glazer Torfestes zusammen, sie lautet: Die Militärbehörde lehnt es ab, eine von der Stadt erstrebte, durch das öffentliche Interesse gebotene Verkehrsverbreiterung zu schaffen, obwohl sie selbst zugeben hat, daß fortifikatorische Bedenken dieser Verkehrsverbreiterung nicht im Wege stehen. Voraussetzungen sind nun die Stadt Glaz den Instanzenweg weiter verfolgen; aber ob sie Glück haben wird, ist mindestens zweifelhaft. Wann endlich, fragen wir, wird eine moderne Gesetzgebung mit all dem Wust veralteter Verordnungen und Rechtsmittel aufräumen, die nur konterbiert zu werden scheinen, um der gesunden und natürlichen Entwicklung der Staaten wie kommunalen Interessen unentgeltliche Schwierigkeiten zu bereiten?

Dieser Wunsch wird in Preußen-Deutschland so lange nicht in Erfüllung gehen, als die reaktionäre Junker-Ligue daszepter führt.

Posen, 16. Oktober. Aus der „besseren“ Gesellschaft. Vor einiger Zeit mußte eine gegen die unerschickliche Julie Garbinowska wegen Kuppel vor dem hiesigen Schöffengericht überaus unangenehme Verhandlung verhandelt werden, weil zahlreiche Beauftragungen die Beweispflicht höchst unangenehm empfanden und daher zu dem Termine nicht erschienen waren. Gleichzeitig war auch

eine Anzahl der Halbweltbarmen plügend aus Posen abgereist und auch die Angeklagte, die von ihren Konturenentwürfen allgemein als „Gräfin“ Garbinowska bezeichnet wird, hatte dem Gericht ein ähnliches Urteil eingebracht, in welchem ihr bescheinigt wurde, daß sie krank und vor Mitte November nicht wieder herbeiführen sein würde. Das Gericht hatte seinerzeit die drei abgereisten Damen zu je 16 den Grafen von K... und den Rittergutbesitzer von G... zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt und zu dem neuen Termine außer diesen Zeugen noch die Ladung des Direktors Wolff, des Baureisenden des hiesigen Janatowicz und des Grafen Boleslaus Potocki anordnet. Diese gerichtlichen Maßnahmen und die Besprechung des Falles in einem großen Teile der Presse haben dazu geführt, daß die Angeklagte überraschend schnell „gesund“ wurde, und um ihren hohen Freunden und Gönnern die Ausübung der höchst unangenehmen Beweispflicht zu ersparen und sich deren weitere Freundschaft zu bewahren, an das Gericht eine Eingabe richtete, daß sie nunmehr gesund und verhandlungsfähig sei. Auch wollte sie ein volles Geständnis ablegen, wenn von der Ladung sämtlicher Zeugen Abstand genommen würde. Diese Bitte wurde der „Gräfin“ unerwarteterweise bewilligt. In dem neuen Verhandlungstermine hatte sie auch noch Glück, denn sie wurde, der „Pol. Bl.“ zufolge, nur zu einem Tage Gefängnis verurteilt. — Kommentar ist hier überflüssig.

Schneidemühl, 17. Oktober. Ausgefahrene Rinde. Ein recht eigenartiger Fund wurde Freitag Abend vor dem Laden eines Wädrmeisters in der Ringstraße gemacht. Passanten sahen im Vorübergehen eine Polystyrol-Stein, aus der ihnen höchlichst seltsame Rinderstimmen entzogen wurden. Eine nähere Untersuchung ergab, daß sich in der Rinde wohlverpackt ein etwa 8 Wochen altes Wollingspaar befand, daneben ein mit Wollstoff gefüllter Brief, in dem die Mutter mittelst, daß sie die beiden Kinder dem Vater zur Verfügung stelle.

Pilschke, 17. Oktober. Schandfeuer. Die dem Pilschke gehörige Dampfmaschine Walzmühle bei Schneidemühl geriet in Brand. Das Feuer war gegen 8 Uhr Abends durch Funkenauswurf der Maschine entstanden und löschte die ganze Mühle ein, nur der Schornstein blieb stehen.

Katze (Posen), 17. Oktober. Feuer. Freitag Nachmittags 3 Uhr entstand in Brückenlopf bei Katze ein großes Feuer. Bei dem heftigen Winde griffen die Flammen mit Schnelligkeit um sich. Es brannten in kurzer Zeit vier Gehöfte mit sieben Gebäuden vollständig nieder. Die Geschädigten sind zum Teil versichert. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

Briefkasten.

Sprecherstunden der Redaktion Donnerstags nur von 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

S. S. Goldberg. 1. Sie brauchen hauptsächlich den Gebührenschein und einen Helmatschein. 2. Die Naturalisation eines Ausländers kostet 150 Mark; bei Behörlichkeit können aber bei Kosten bis auf 5 Mark ermäßigt werden. Das Gesuch zu Naturalisation ist beim Regierungs-Präsidenten einzureichen. S. 30.

A. K. Altmeyer. Nein, wenn Sie 21 Jahre sind, brauchen Sie von den Eltern keine Erlaubnis zum Heiraten.

S. Groß-Dubrau. Sie müssen sich an das Fundbüro des Polizeipräsidenten in Breslau wenden; bei uns sind die Sachen nicht.

Invalide C. Besondere Bestimmungen über Krämpfe enthält das Militärpensionsgesetz nicht. Wenn Sie von allen Instanzen abgemietet wurden, ist das für Sie sehr bedauerlich; aber es hat gar keine Zweck, immer wieder von neuem zu klagen und an alle möglichen Gerichte zu schreiben. Auch das Reichsgericht kann Ihnen nicht helfen.

F. T. Dunkel und Nichte dürfen sich zusammen verheiraten.

Wettstellungen der städtischen Markt-Notierungskommission. Breslau, den 15. Oktober.

	alt		mittlere		geringe Sorte	
	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.
Weizen, weißer	19 60	18 60	18 60	17 60	17 60	16 60
Weizen, gelber	19 40	18 60	18 40	17 40	17 40	16 40
Roggen	15 00	14 50	14 40	14 20	14 20	13 50
Gerste	14 60	14 50	14 40	14 20	14 20	13 50
Hafer, alt	15 70	14 70	14 60	14 40	14 40	13 70
Hafer, neu	15 70	14 70	14 60	14 40	14 40	13 70
Wicken, gelblich	26 50	22 50	21 50	20 50	20 50	19 50
Erbsen	19 50	19 00	18 50	18 00	18 00	17 50
Wintererbsen	23 00	21 50	21 00	20 00	20 00	19 00

Gen per 50 Sgr. 3.00-3.50 Mt.,
Rauhafer pro Scheffel 28-30 Mt.,
Roggenstroh 50 Sgr. 1.40-1.60 Mt.

Breslauer Weizenmarkt. Weizen feiner, per 100 Sgr. 1 Mt. 24 brutto Weizenmehl 00 feiner 28.00-28.50 Mt., Roggenmehl 00 feiner 21.50-22.00 Mt., Roggen-Guttermehl weißig 10.00-10.50 Mt., Weizenkleie milt 9.50-10.00 Mt.

Genossen! Agitiert überall für die Arbeiterpresse!

Dieses treffliche Ziel löschte eine Weile über die Belanglosigkeit des Ganzen hinweg. Schließlich hat aber auch die belobende Macht eines Polizeiverbotes ein Ende und die beiden letzten Alle fanden eine ziemlich hübsche Aufnahme.

Als Fazit des Ganzen präsentiert sich wieder einmal die Bitte an die Polizei, ihre Hände von literarischen Dingen zu lassen. Die großen Räuber, die strelen, kriegen sie ja doch nicht unter. Dagegen verhilft sie, wie Tigura wieder zeigt, Eintragsgeld zu einer höchst unbedeutenden Bekanntheit. Sie dient als einziger Polizeier Herr von Jagows lakonischer Satz: „Ich warne Reugierige!“ Herr Roda Roda aber bitte ich, die bewährten Polizeibeamten seiner Schnurre in blühenden Anecdoten auszumünzen. Schon sehe ich ihn vor mir, ein überlegenes Lächeln um die genussfrohen Lippen, wie er ansetzt mit der „Geschichte von der Breslauer Separatvorstellung.“

Aus aller Welt.

Sieben Opfer des Großeners in Berlin. Das Brandunglück in der Neuen Friedrichstraße in Berlin ist größer, als angenommen wurde. Am Sonnabend früh wurden auf der Brandstätte noch fünf Leichen gefunden, die ebenfalls bis zur Unkenntlichkeit verkohlt sind. Bisher sind also im ganzen sieben Leichen gefunden. Nach amtlicher Auskunft kann als Ursache des Brandunglücks keineswegs eine Explosion in Frage kommen. Die Arbeitsräume umfassen den zweiten und dritten Stock. Im zweiten Stock hatte in der Arbeitspause des Personal, um sich zu wärmen, Feuer in einem Anthraziten angezündet. Dabei scheint die Flamme herausgeschlagen zu sein. Durch die große Menge leicht entzündlicher Stoffe griff das Feuer schnell um sich, und so wurde wohl den Personen, die sich im dritten Stock befanden, die Flucht über die Treppen und verqualmten Treppen abgeschnitten. Die im dritten Stock gefundenen verbrannten Opfer waren sämtlich weibliche Angestellte der Firma Krndt. Vor dem Eingang des Hauses spielten sich ergreifende Szenen ab. Eine alle Frau suchte sich Zutritt in das Gebäude zu verschaffen. Als die Schwerkette ihr den Eintritt verweigern wollten, rief sie immer wieder schreiend: „Lasset mich doch zu meiner Tochter, mein armes Kind ist verbrannt.“ Als in diesem Augenblicke zwei Leichen herausgeschafft wurden, brach die Unvorsichtige erschrocken zusammen. Ein etwa 50-jähriger, grauhaariger Arbeiter, an der Hand ein 12- bis 13-jähriges Mädchen, wollte durchs Fenster in die zweite und dritte Etage vordringen. Er bemühte seine Frau, die als Pflückerin in der dritten Etage in der Nähe des Brandherdes beschäftigt war. Den

Nachmannschaften gelang es nur schwer, den bemitleidenswertesten Gatten und das schluchzende Kind zurückzuhalten. Ein in dem Brandhaufe befindliches Lokal war dicht mit Menschen, hauptsächlich mit den Angestellten der Firma Krndt, gefüllt, die sich nach dem Schicksal ihrer Kollegen und Kolleginnen erkundigen wollten. Die meisten sind noch heute durch den Schrecken und die ausgehende Angst so verwirrt, daß sie über die Katastrophe nur unzusammenhängende und widersprechende Berichte geben können.

Im Brandhause geht es durch ein Gewirr von Stoffballen, Stößen, umgehenden Tischen und Stühlen in die Schürzenabteilung. Hier waren auf langen Tischen tausende von Schürzen aufgeschichtet. Sobald das Feuer diese ergriffen hatte, waren die Plätterei, die am entgegengelegten Ende des Schürzenraales lag, vollständig abgeschnitten, und wer den Durchgang versuchte, war dem Flammentode preisgegeben. Von der Plätterei und der Schürzenabteilung ist auch nicht mehr eine Spur zu erkennen. Nur die hohen, tauchgeschmürzten Einfassungsmauern stehen noch und selbst ein großer Rachenlofen, dessen Emaille von der Hitze herunter geschmolzen ist, ist halb in sich zusammengefallen. In der Plätterei wurden im Laufe des heutigen Vormittags die Leichen der fünf Frauen und Mädchen gefunden. Die Toten zeigten ein so schreckliches Aussehen, daß selbst mehrere Feuerwehrlente von einem Herzensschmerz befallen wurden. Die Körper der Frauen sind vollkommen verkohlt, so daß sie beim Anfaßen auseinanderbrechen. Mit Schaufeln und Balken legte man die letzten Reste der Unglücklichen auf Tragbahnen und verhüllte sie sorgfältig mit weißen Leinentüchern.

Ein Straßenbahnunfall in Spandau. Am Sonnabend Morgen gegen 6 1/2 Uhr hat sich auf der Spandauer Chaussee ein schwerer Straßenbahnunfall ereignet. Die Straße ist zweigleisig ausgebeutet, sollte aber infolge von Bauarbeiten zum Teil einseitig betrieben werden. An der Unfallstelle, wo sich eine Weiche befindet, war deshalb ein Weichensteller postiert worden, der die Weiche hatte, die Weichenbewegungsmechanik nach Bedarf zu stellen. Der Beamte ließ gegen 6 1/2 Uhr zwei Straßenbahnzüge ordnungsgemäß passieren und stellte dann die Weiche zurück. Unmittelbar darauf kam aber ein Straßenbahnzug herangebraut, der infolge der Verhinderung ein atemlos sich schließendes Tempo hatte. Dem Weichensteller war es nicht mehr rechtzeitig möglich, die Weiche zurückzustellen. Ein in demselben Augenblicke aus entgegengekehrter Richtung kommender Straßenbahnwagen fuhr auf den ersten an. Der Zusammenstoß war von solcher Gewalt, daß die beiden Wagen sich fast vollständig ineinander einbohrten. Der Weichensteller Meyer II, der im letzten Augenblicke die Gefahr durch Umwälzen der Weiche zu beseitigen suchte, wurde amgriffen, geriet unter die Wagen, wobei ihm das rechte Bein

hüftlich vom Körper abgetrennt wurde. Der Führer des einen Straßenbahnwagens, der 22-jährige Max Wierker, erlitt eine schwere Quetschung beider Beine. Außerdem wurde die Passantin Braulien Clara Vergebung gegen die Glasheben des Wagens geschleudert und erlitt durch die umherfliegenden Glassplitter schwere Schnittwunden am Kopf und Gesicht. Ferner erlitten drei andere Passagiere, deren Namen noch nicht festgestellt werden konnten, mehr oder weniger schwere Verletzungen. Die drei Schwerverletzten wurden nach dem städtischen Krankenhaus übergeführt, wo sie bis gegen Mittag das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt haben.

Es wird angegeben, daß der Unfall zum Teil durch den um 6 1/2 Uhr herrschenden starken Nebel verursacht worden ist. Die beiden Wagen wurden aus dem Betrieb gezogen. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Der Schuttmannsfel gegen Geistesranke! Nach einer Meldung des Polizeiberichts verurteilte ein gefesselter Arbeiter im Osten Berlins dadurch einen Anfall, daß er mit einem Frauenhut und einer Frauenschürze belästigt über die Straße lief. Auf Wunsch des Schuttmanns besaß er sich in seine Wohnung, hielt sein 1 1/2-jähriges Kind am Fenster hinaus und drohte es, hinunterfallen zu lassen. Daran wurde er von drei Schutzleuten zur Wache gebracht, setzte aber den Beamten auf der Wache so heftigen Widerstand entgegen, daß zwei Beamte ihre Säbel gebrauchen mußten. Der Geistesranke wurde, an beiden Händen durch Säbelhebe verlest, in die Irrenanstalt eingeliefert, die Beamten sollen durch Wisse und Fußtritte beschädigt sein. Dieser Vorfall beweist abermals, daß Personen als Schuttmann verwendet werden, die zu diesem Amt unfähig sind. Drei Beamte müssen doch vereint soviel Körperkräfte und Geschicklichkeit aufbringen, um einen tobenenden Kranten übermächtig zu können, ohne ihn mit dem Säbel niederzuschlagen. Sie müssen aber auch so viel Geistesgegenwart und Ueberlegung besitzen, um zu wissen, daß der Anblick blanker Schuttmannsklingen auf Geistesranke nicht beruhigend wirkt. Aber der Säbel ist nun einmal in Preußen das Allheilmittel!

Ein Dresdener Skandalaffäre. In der königlichen Bibliothek und im Albertinum in Dresden ist die Entdeckung gemacht worden, daß eine große Anzahl historischer Werke einzelner Drucke und Illustrationen von sehr hohem, teils unerlässlichem Werte gestohlen worden sind. Alle ständigen Besucher und die Beamten der Bibliothek wurden beobachtet, ohne daß man den Täter ermitteln konnte. Endlich gelang es der Kriminalpolizei, den Dieb in der Person eines hochangesehenen Dresdener Arztes, dem Schwiager-sohne eines der ersten Kliniker zu ermitteln und zu verhaften. Die gestohlenen Werke konnten bis jetzt noch nicht zur Stelle geschafft werden. Die Angehörigen geben an, daß der Arzt, der außerordentlich vermögend ist, an Frankfurter Sammelwut leidet.